



Erfolgreich vor Ort.

**Programm und
Kandidaten
für die Wahl zur
Stadtverordneten-
versammlung
am 27. März 2011**

1 Wahlaufruf und Kandidaten

1.1 Impressum

FDP Ortsverband Gießen

Vertreten durch:

Dr. Martin Preiß (Ortsvorsitzender)

Dr. Klaus Dieter Greilich (stv. Ortsvorsitzender)

Wigbert Rudolph (stv. Ortsvorsitzender)

Oliver Egginger (Schatzmeister)

Telefon: 0641 - 97 06 27

E-Mail: fdp-ov-giessen@martinwpreiss.de

WWW: <http://www.fdp-giessen-stadt.de>

Durch die Mitglieder des Ortsverbandes beschlossen am 25.09.2010 in Kleinlinden.

1.2 Wahlaufruf

Liebe Gießener Bürgerinnen und Bürger,

nach zehn Jahren Regierungsverantwortung können die Gießener Liberalen zahlreiche Erfolge vorweisen. Der frühere ehrenamtliche Kulturdezernent Dr. Reinhard Kaufmann, Stadtrat Harald Scherer und die Stadtverordneten Dr. Martin Preiß, Annette Greilich und Dr. Klaus Dieter Greilich haben Verantwortung für die Stadt Gießen übernommen:

- Wir haben eine Vielzahl neuer Baugebiete erschlossen, darunter solche mit neuen Gewerbegebieten wie z.B. Marburger Straße West und mit Einfamilienhäusern wie Schlangenzahl.
- Innerstädtische Baulücken wie die Südanlage 10 konnten geschlossen werden.
- Das Großraumkino am Berliner Platz (einmalig in Deutschland, weil gemeinsam genutzt von Fachhochschule und Kinobetreiber) wird endlich gebaut.
- Die gelungene Neugestaltung der Fußgängerzone steigert die Attraktivität der Stadt.
- Die dringend erforderliche Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes startet.
- Viele Gießener Schulen wurden energetisch saniert und baulich instandgesetzt, ihre Ausstattung mit neuen Medien verbessert.
- Die Schulformenvielfalt in Gießen wurde ausgebaut und gesichert – Gießener Schülerinnen und Schüler können zwischen kooperativen und integrierten Gesamtschulen, Haupt- und Realschulen sowie reinen Gymnasien wählen.
- Die beantragte Umwandlung der Alexander-von-Humboldt-Schule in eine Mittelstufenschule ist zukunftsweisend.
- Wir haben in einem ersten Schritt dafür gesorgt, dass die Gebühren für das letzte Kindergartenjahr abgeschafft wurden. Damit konnte für

1 Wahlauf Ruf und Kandidaten

alle Gießener Kinder eine höhere Chancengleichheit am Beginn des Bildungsweges erreicht werden.

- Beim Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren wurden große Fortschritte erzielt. Gießen liegt jetzt in Hessen auf einem Spitzenplatz.
- Für die familienfreundlichen Wohngebiete „Schlangenzahl“ und „Marburger Straße West“ wurden moderne Familienzentren in freier Trägerschaft errichtet.
- Durch Großevents wie „Stadt der Jungen Forscher“ und die „Dino-Ausstellung“ ist es gelungen, die Zusammenarbeit mit dem Handel und den Hochschulen zu intensivieren und Gießen überregional bekannter zu machen.

Dies sind nur einige wenige Beispiele für unsere erfolgreiche Arbeit, die die FDP für die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger fortsetzen will. Wir brauchen Ihre Stimme, damit Gießen in guten Händen bleibt. Drei Forderungen die uns wichtig sind:

- Eine Landesgartenschau die der nachhaltigen Stadtentwicklung dient.
- Wir fordern den Neubau eines Rettungszentrums für die Berufsfeuerwehr, die Freiwillige-Feuerwehr Gießen Mitte und weitere Rettungsdienste. Finanzierung über ein Privat-Public-Partnership-Modell.
- Wir wollen die nächsten fünf Haushaltsjahre ohne Nettoneuverschuldung abschließen.

Das komplette Wahlprogramm finden Sie unter www.FDP-Giessen-Stadt.de !

Liebe Gießener Bürgerinnen und Bürger, am 27. März entscheiden Sie, ob Gießen weiter aus der Mitte regiert wird oder die Zukunft unserer Stadt von einem Linksblock abhängt.

1.3 Die Kandidaten der FDP

1.3.1 Wahl zur Stadtverordnetenversammlung



1. Dr. Martin Preiß,
Medizinphysik-Experte,
Lützellinden, 50 Jahre



2. Annette Greulich
Studiendirektorin
Kleinlinden, 52 Jahre



3. Dr. Klaus Dieter Greulich,
Arzt,
Kleinlinden, 51 Jahre



4. Frank Schulze
Speditionskaufmann
Wieseck, 29 Jahre

1 Wahlauf Ruf und Kandidaten



5. Harald Scherer,
Rechtsanwalt,
Wieseck, 50 Jahre



6. Konrad Greilich
Auszubildender
Kleinlinden, 21 Jahre



7. Sigmar Petrick,
Kaufmann,
Gießen, 50 Jahre



8. Oliver Egginger
Informatiker
Gießen, 36 Jahre

1 Wahlauf Ruf und Kandidaten

22.	Artem Wegel Kommissionierer	Lützellinden	22 Jahre
23.	Dr. Christian Friedrich Professor	Petersweiher	62 Jahre
24.	Wolfgang Greilich Rechtsanwalt und Notar	Kleinlinden	56 Jahre
25.	Jannick Bangard Student	Gießen	22 Jahre
26.	Elmar Euler Konstrukteur	Lützellinden	44 Jahre
27.	Gudrun Krieg Hausfrau	Gießen	70 Jahre
28.	Stephan Dehler Student	Gießen	25 Jahre
29.	Philipp Greilich Student	Kleinlinden	26 Jahre
30.	Wigbert Rudolph Rechtsanwalt	Wieseck	62 Jahre
31.	Dieter Krause Rentner	Kleinlinden	66 Jahre
32.	Mats Simmermacher Student	Gießen	22 Jahre
33.	Burkhard Pfarr Dipl.-Ing. Medizintechnik	Kleinlinden	54 Jahre
34.	Klaus Ellermeier Rentner	Kleinlinden	65 Jahre
35.	Tim Schneider Rechtsanwalt	Kleinlinden	42 Jahre
36.	Jakob Handrack Student	Gießen	26 Jahre
37.	Dr. Heribert Hinderfeld Pensionär	Petersweiher	68 Jahre
38.	Marianne Stein Rentnerin	Kleinlinden	90 Jahre
39.	Dr. Fritz Fiedler Apotheker	Gießen	75 Jahre
40.	Helmut Witzel Rentner	Gießen	74 Jahre
41.	Dr. Reinhard Kaufmann Pensionär	Gießen	65 Jahre

1.3.2 Ortsbeiratswahlen in den Ortsbezirken

Gießen-Kleinlinden

- | | | | |
|----|---|-------------|----------|
| 1. | Annette Greilich
Studiendirektorin | Kleinlinden | 52 Jahre |
| 2. | Hans-Jürgen Turba
Lehrer | Kleinlinden | 59 Jahre |
| 3. | Klaus Ellermeier
Rentner | Kleinlinden | 65 Jahre |
| 4. | Burkhard Pfarr
Dipl.-Ing. Medizintechnik | Kleinlinden | 54 Jahre |
| 5. | Philipp Greilich
Student | Kleinlinden | 25 Jahre |
| 6. | Dr. Klaus Dieter Greilich
Arzt | Kleinlinden | 51 Jahre |

Gießen-Lützellinden

- | | | | |
|----|---|--------------|----------|
| 1. | Dr. Martin Preiß
Medizinphysik-Experte | Lützellinden | 50 Jahre |
| 2. | Dimitri Wegel
Student | Lützellinden | 25 Jahre |
| 3. | Artem Wegel
Kommissionierer | Lützellinden | 22 Jahre |
| 4. | Elmar Euler
Konstrukteur | Lützellinden | 44 Jahre |

Gießen-Wieseck

- | | | | |
|----|---|---------|----------|
| 1. | Frank Schulze
Speditionskaufmann | Wieseck | 29 Jahre |
| 2. | Jörg Schleher
Finanz-Strategie-Berater | Wieseck | 42 Jahre |
| 3. | Wigbert Rudolph
Rechtsanwalt | Wieseck | 62 Jahre |
| 4. | Harald Scherer
Rechtsanwalt | Wieseck | 50 Jahre |

Inhaltsverzeichnis

1	Wahlauf Ruf und Kandidaten	2
1.1	Impressum	2
1.2	Wahlauf Ruf	3
1.3	Die Kandidaten der FDP	6
1.3.1	Wahl zur Stadtverordnetenversammlung . .	6
1.3.2	Ortsbeiratswahlen in den Ortsbezirken . . .	10
2	Stadtgestaltung	17
2.1	Attraktive Innenstadt	18
2.2	Landesgartenschau	19
2.3	Business Improvement Districts (BIDs)	20
2.4	Saubere und gepflegte Stadt	20
2.5	Suchthilfe und Kriminalität	20
2.6	Stadtmarketing	21
2.7	Bereitstellung von Wohnraum	21
2.8	Kirchenplatz, Lindenplatz und Brandplatz	22
2.9	Bahnhofsvorplatz und obere Bahnhofstraße	23
2.10	Berliner Platz/Ostanlage	23
2.11	Öffnung des Theaterparks für Veranstaltungen . .	24
2.12	Verkehrsberuhigung der Goethestraße	25
2.13	Umgestaltung Schlossgasse	25
2.14	Kongresshotel	25
2.15	Feuerwehr	26
2.16	Ansiedlung eines Freizeitparks in Lützellinden . .	26

2.17	Verkehrsführung in Gießen	27
3	Haushalt und Finanzen	28
3.1	Verwaltung	29
3.2	Ansiedlungspolitik	29
3.3	Privat-Public-Partnership (PPP)	29
3.4	Gewerbesteuer	30
4	Die Stadt als Dienstleister	31
4.1	Zukunftstechnologien	31
4.2	Internetauftritt der Stadt Gießen	31
4.3	Privatisierung öffentlicher Aufgaben	32
4.4	Wirtschaftsförderung	32
4.5	Deregulierung von Bebauungsplänen	33
5	Stadt, Hochschulen und Studierende	34
5.1	Hochschulen und Verkehr	34
5.2	Keine Zwangseinbürgerung für Studierende	35
6	Kultur	36
6.1	Stadttheater	37
6.2	Oberhessisches Museum	38
6.3	Naturwissenschaftliche Museumskette	38
6.4	Dauerausstellung „Garnisonsstadt Gießen“	39
6.5	Skulpturenprojekt „Gießener Köpfe“	39
6.6	Kulturrathaus	40
6.7	Einbaum ins Kulturrathaus	41
6.8	Musikschule	41
6.9	Veranstaltungsort Schiffenberg	41
6.10	Pflege historischer Bausubstanz	42
6.10.1	Restaurierung der Schiffenberg-Basilika	42

6.10.2 Grabdenkmäler auf dem alten und neuen Friedhof	43
6.10.3 „Pavillon“ auf dem alten Friedhof	43
6.11 Kirchenplatz	43
6.12 Unterstützung kulturschaffender Vereine	44
6.13 Stärkung der Gießener Kulturstiftung	44
6.14 Hein-Heckroth-Bühnenbildpreis	45
6.15 Wilhelm-Gail-Plakette	45
6.16 „Gießen historisch“	46
6.17 Schlammbeißers Lahnlust	46
6.18 Kulturelle Zusammenarbeit mit Wetzlar	46
6.19 Städtepartnerschaften	47
7 Schulen	48
7.1 Gießener Schulstruktur	49
7.2 Erhalt der Stadtteilschulen	49
7.3 Grundschulen	49
7.4 Mittelstufen	50
7.5 Oberstufen	51
7.6 Berufliche Schulen	51
7.7 Inklusive Schulen / Förderschulen	51
7.8 Ganztagschule nach Maß	52
7.9 Privatschulen	52
7.10 Flexible und offene Schulbauten	52
7.11 Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis an Gießener Schulen	53
7.12 Drogen- und Gewaltprävention an Schulen	53
7.13 Schulentwicklungsplanung	54
7.14 Schulbroschüre	54
7.15 EDV-Ausstattung und W-Lan	54
7.16 Finanzielle Selbstständigkeit für selbstständige Schulen / Budgetierung	55

7.17	Schülerbetreuung an Gießener Grundschulen	55
7.18	Schullandheim am Kniebis	56
7.19	Volkshochschule	56
8	Jugend, Familie und Soziales	57
8.1	Abschaffung der Kita-Gebühren	58
8.2	Ausbau der Kinderbetreuungsplätze	58
8.3	Jugend- und Schulsozialarbeit	59
8.4	Kinder- und Jugendspielplätze	60
8.5	Verbandliche Jugendarbeit	60
8.6	Jugendpflege und Ferienpass	61
8.7	Effektivere Arbeit im Kinder- und Jugendhilfebereich	61
8.8	Familienförderung	62
8.9	Menschen mit Behinderungen	63
8.10	Integration	64
8.11	Jugendparlament	65
9	Gleichstellung von Frauen und Männern	66
10	Senioren / Demographischer Wandel	67
10.1	Altenplanung	68
10.2	Bildungsangebote für Senioren	68
10.3	Wohnen für Senioren	69
10.4	Stationäre Pflege und Tageseinrichtungen	69
10.5	Seniorentransport	69
11	Sport	70
11.1	Sportanlagen	70
11.2	Täglicher Sportunterricht an Grundschulen	71
11.3	Private Sport-Events unterstützen	71
11.4	Spitzensport	71
11.5	Jugendaustausch	72

11.6	Werbemöglichkeiten für Sportvereine	72
11.7	Beteiligung am Netzwerk Gesundheit und Bewegung	72
12	Wirtschaft und Arbeit	73
12.1	Entwicklungskonzept für die Stadt	73
12.2	Innenstadt stärken	73
12.3	Mischgebiete und wohnortnahe Arbeitsplätze . . .	75
12.4	Messe Gießen	75
12.5	Genehmigungsverfahren	75
12.6	Kooperation mit Nachbargemeinden	76
12.7	ZAUG	76
12.8	Jugendwerkstatt e.V.	77
13	Verkehr/ Infrastruktur	78
13.1	Parken in Gießen	78
13.2	Verkehrsberuhigte Zonen	79
13.3	Anschlüsse an den Gießener Ring	79
13.4	Einrichtung von Kreisverkehren	80
13.5	Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs . . .	80
13.6	Förderung des Radverkehrs	80
13.7	Verbesserte Zugänge zu Kinderspielplätzen, Kinder- gärten und Schulen	81
14	Umweltschutz	82
14.1	Schonung von Ressourcen	82
14.2	Förderung von Privatinitiativen	82
14.3	Pflege der Grünanlagen	83
14.4	Naherholungsgebiete	83
14.5	Umweltpreis	83
14.6	Abfallwirtschaft	84
14.7	Abfallvermeidung	84
14.8	Müllgebühren	84

2 Stadtgestaltung

Gießen hat mit seiner reizvollen Umgebung, seiner guten Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz, seinen Hochschulen, seinem attraktiven Einzelhandel und nicht zuletzt mit dem vielfältigen Angebot in Sport und Kultur gute Voraussetzungen als Oberzentrum der Region.

In den letzten Jahren hat die FDP dafür Sorge getragen, dass an etlichen Stellen der Stadt positive Entwicklungen eingeleitet wurden. Wir haben eine Vielzahl neuer Baugebiete erschlossen, darunter vorrangig solche mit Einfamilienhäusern wie Schlangenzahl oder Marburger Straße West. Innerstädtische Baulücken wie z.B. die Südanlage 10 konnten geschlossen werden. Diese Arbeit werden wir fortsetzen. Auf den Weg gebracht wurde die lange überfällige Neugestaltung des Berliner Platzes, sowie in Kooperation mit der Fachhochschule der Bau eines Großraumkinos, welches von FH und Kinobetreiber gemeinsam genutzt werden wird. Auch konnte endlich die Planung für die dringend erforderliche Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes begonnen werden. Die gelungene Neugestaltung der Fußgängerzone ist ein weiterer wichtiger Schritt, um die Attraktivität der Stadt Gießen zu erhöhen.

2.1 Attraktive Innenstadt

Die FDP hat in den vergangenen Wahlperioden wesentlich dazu beigetragen, dass Gießen seine Vorrangstellung als Einkaufsstadt nicht an Wetzlar oder Marburg verloren hat und für Besucher

2 Stadtgestaltung

und Bewohner attraktiv bleibt. Im Neuenweg und in den BID-Quartieren hat der Handel mit gestalterischer Kreativität gezeigt, wie er selbst zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften beitragen kann. Durch die Galerie Neustädter Tor wurde nicht nur eine Industriebranche beseitigt, sondern sie ist auch das notwendige Gegengewicht zu vergleichbaren Einkaufszentren in Wetzlar und Marburg. Wir haben dafür gesorgt, dass sich dieses Einkaufszentrum in der Gießener Innenstadt befindet und damit einen Beitrag zu deren Aufwertung leistet. Untersuchungen der FH Gießen-Friedberg haben ergeben, dass durch die Galerie Neustädter Tor neue Kaufkraft nach Gießen gekommen ist.

Bei der Planung neuer Gewerbeflächen ist zu prüfen, ob weitere Einzelhandelsflächen notwendig sind. Der Gießener Masterplan verhindert, dass das Gleichgewicht zwischen dem Einzelhandel in der Innenstadt und dem auf der „grünen Wiese“ gestört wird.

Für die FDP ist eine moderne und urbane Gestaltung Gießens ebenso wichtig wie die Erhaltung historischer Stadtstrukturen. Den Bedürfnissen nach ausreichender Versorgung mit Wohn- und Gewerbeflächen muss ebenso Rechnung getragen werden, wie dem Wunsch nach einem gepflegten Stadtbild und dem Schutz der natürlichen Umgebung.

2.2 Landesgartenschau

Die Umsetzung der Landesgartenschau ist für die Stadt Gießen ein organisatorischer und finanzieller Kraftakt. Sie bietet der Stadt und ihren Bürgern eine einmalige Chance zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Durch Zuschüsse, z.B. aus Landesmitteln, können längst fällige Infrastrukturprojekte wie der Bahnhofsvorplatz, der Ausbau der Konrad-Adenauer-Brücke und der Bau einer dritten Lahnbrücke so günstig wie nie realisiert werden. Die FDP wird die

2.3 Business Improvement Districts (BIDs)

Umsetzung der Landesgartenschau weiter vorantreiben.

Die Landesgartenschau 2014 wird zu einer nachhaltigen Entwicklung in Gießen führen. Ihr Erfolg wird sich vor allem daran messen lassen, inwieweit es gelingt, Veranstaltungsformen über die Landesgartenschau hinaus zu bewahren. Wir schlagen vor, in Verbindung mit der neu entstehenden Gastronomie am Neuen Teich, eine neue sommerliche Veranstaltungsreihe einzurichten, die z.B. „Gießener Wasserspiele“ oder „Wassermusik“ genannt werden kann, und diese über die Landesgartenschau hinaus fortzuführen. Sie wird ein Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität und Wohnqualität sein und das urbane Leben In Gießen stärken.

Des Weiteren wünschen wir uns entweder in der Wieseckau oder im Lahnuferbereich einen Sportgerätepark für Erwachsene, in dem für jedermann kostenlos nutzbare Fitnessgeräte bereit stehen; die Gestaltung eines Skaterparks ist zu prüfen.

Wir wünschen uns die Einbindung der Partnerstädte Gießens in die Landesgartenschau.

2.3 Business Improvement Districts (BIDs)

In aner kennenswerter Weise hat der Einzelhandel der Stadt Gießen auf die Herausforderungen der Zeit reagiert und bewiesen, dass er in der Lage ist, sich zukunftsorientiert auszurichten. Als geeignetes Mittel zur Zukunftssicherung für den innerstädtischen Handel hat sich die Bildung von Business Improvement Districts (BIDs) bewährt. Dieses Modell ist mittlerweile auch für Geschäftsleute aus London und anderen europäischen Städten interessant. Die Stadt Gießen muss die Arbeit der BIDs weiter unterstützen.

2.4 Saubere und gepflegte Stadt

Wir haben dafür Sorge getragen, dass sich wild wuchernde, ungepflegte Grünanlagen nicht weiter als Unterkunft und Niststätte für Ratten und andere krankheitsübertragende Tiere eignen. Damit dieser Erfolg nicht verspielt wird, steht die FDP für die kontinuierliche Pflege und Kontrolle dieser Flächen. In diesem Zusammenhang begrüßen und anerkennen wir jedes private Engagement zur Verbesserung des Gießener Stadtbildes wie z.B. die Aktivitäten gegen Tauben am Bahnhof.

2.5 Suchthilfe und Kriminalität

Ein Umfeld, das mit Drogenhandel und Kriminalität in Verbindung gebracht wird, führt zur Ablehnung bei den Bürgern und somit zum Rückzug von Bewohnern und Passanten.

Damit sich eine offene Drogenszene nicht weiter etablieren kann, fordert die FDP eine verbesserte Betreuung suchtkranker Menschen einschließlich der Möglichkeit zu medizinisch kontrolliertem Drogenkonsum in gebotenen Fällen. Hierdurch wird auch deren soziale Reintegration erleichtert, da den Süchtigen die Möglichkeit gegeben wird, sich von ihrem bisherigen Umfeld zu distanzieren. Vielen Konsumenten wird es damit sogar wieder ermöglicht, ein einigermaßen normales Leben zu führen und einer geregelten Arbeit nachzugehen. Eine gewollte und erreichbare Folge ist, dass früher verwahrloste Bereiche für die Bürger wieder attraktiv werden. Daneben sind die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität und gegen die Gießener Drogenszene fortzuführen. Die Arbeit des Präventionsrates sehen wir als wichtigen Beitrag im Kampf gegen Sucht und Kriminalität.

2.6 Stadtmarketing

Die Gießen Marketing GmbH mit ihren Gesellschaftern Stadt Gießen, Gießen Aktiv und den vier BIDs hat sich bewährt. Insbesondere bei Großveranstaltungen wie „Dinos in Gießen entdecken“ oder „Stadt der jungen Forscher“ hat sich gezeigt, dass die Gründung der Gießen Marketing GmbH der richtige Weg war, um einerseits schnell und flexibel auf dem Markt auftreten zu können und um effizient Drittmittel akquirieren zu können. Wir stehen ohne wenn und aber für eine Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit der Gießen Marketing GmbH.

2.7 Bereitstellung von Wohnraum

Die FDP tritt auch weiterhin für die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum ein. Die Bereitstellung von Grundstücken für den Wohnungsbau genießt Vorrang. Deswegen haben wir neue Baugebiete ausgewiesen. In den Baugebieten Schlangenzahl, Marburger Straße West und Sandfeld haben wir für eine dringend notwendige Arrondierung der bereits vorhandenen Bebauung gesorgt.

Die Ausweisung weiterer Baugebiete ist nötig, um dem Wohnungsbedarf der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Selbstverständlich werden wir dabei den Bedarf an freistehenden Einfamilienhäusern berücksichtigen. Wir werden auch künftig darauf achten, dass eine angemessene Mischung der Strukturen erfolgt, um Wohnen, Arbeiten und Einkaufen wieder einander näher zu bringen. Die Bildung von Eigentum bei jungen Familien wollen wir dabei durch geeignete Instrumente, wie der Vergabe von Erbbaurechten und zinsgünstigen Darlehen, fördern.

2.8 Kirchenplatz, Lindenplatz und Brandplatz

Kirchenplatz und Lindenplatz sind angemessen zu pflegen. Eine Sperrung des Lindenplatzes für den Autoverkehr lehnen wir ab. Für den Kirchenplatz bieten sich weitere Gestaltungsmöglichkeiten an, z.B. die Aufstockung der derzeitigen Grundmauermarkierungen zu Sitzgelegenheiten oder die Einbeziehung dieses Platzes als Teil des Gießener Wochenmarktes. Dadurch kann der Platz selbst über seine Randbereiche hinaus zu einer Stätte der Begegnung für die Menschen werden. Der Brandplatz gehört zu den wesentlichen Erschließungsanlagen der Innenstadt. Daher müssen die dort vorhandenen Parkplätze außerhalb der Wochenmarktzeiten erhalten bleiben.

Im Rahmen der Landesgartenschau werden Verbindungskorridore zwischen der Wieseckkaue und der Lahn geschaffen. Dabei soll der Brandplatz aufgewertet werden, z.B. durch einen neuen Springbrunnen.

2.9 Bahnhofsvorplatz und obere Bahnhofstraße

Bahnhofsvorplatz und obere Bahnhofstraße werden zu einem ansprechenden Entrée unserer Stadt barrierefrei umgebaut. Dabei werden die Belange der Fußgänger, Radfahrer sowie die des ÖPNV und des privaten Autoverkehrs gleichermaßen berücksichtigt.

Die im Rahmen des Bahnhofensembles Anfang des 20. Jahrhunderts errichtete Sandsteintreppe einschließlich der zugehörigen Grünanlage ist in der Denkmaltopographie der Stadt Gießen „als unbedingt zu schützen“ ausgewiesen. Wir sprechen uns ausdrücklich für den Erhalt der Treppe aus. Sie bedarf einer sorgfältigen Restaurierung und ist Eckpfeiler der Planungen zur Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes mit dem „Kulturdenkmal Sachgesamtheit

Bahnhof“.

Zur Information vor allem der mit der Bahn ankommenden Besucher der Stadt oder der Studierenden halten wir es für notwendig, am neu gestalteten Bahnhofsvorplatz, z.B. in den neuen Räumen bei der historischen Treppe, einen gemeinsamen Info-Punkt der Gießen Marketing GmbH, der Hochschulen und anderer örtlicher Institutionen einzurichten.

2.10 Berliner Platz/Ostanlage

Bei der Entscheidung für den Neubau des Stadthauses am Berliner Platz haben wir eine mutige und zukunftsorientierte Architektur befürwortet, um einen Kontrapunkt zu problematischen Entwicklungen der Vergangenheit zu setzen. Wir werden auch weiterhin dafür sorgen, dass der Berliner Platz ein zentraler Ort der Kommunikation und der Kultur in Gießen ist. Um das zu erreichen, haben wir gegen alle Widerstände den Bau eines multifunktionalen Konzertsaaes im Stadthaus durchgesetzt und den Einbau einer neuen Stadtbücherei angeregt, die inzwischen als modernes Medienzentrum besser als erwartet angenommen wird und eine herausragende Stätte der Bildung und Kommunikation ist.

Die FDP wird sich auch in den kommenden Legislaturperioden dafür einsetzen, dass das Kulturrathaus und seine Möglichkeiten voll genutzt werden.

Weiter haben wir dafür Sorge getragen, dass die Fläche zwischen dem Stadthaus und der Ostanlage durch den Bau eines Multiplexkinos mit ausreichenden Flächen für Theaterstudio und Gastronomie einer sinnvollen, den Berliner Platz auch in den Abendstunden belebenden Nutzung zugeführt wird.

2.11 Öffnung des Theaterparks für Veranstaltungen

Die FDP spricht sich für eine Öffnung des Theaterparks an der Südanlage über den „Tag der offenen Tür“ des Stadttheaters hinaus für kulturelle Veranstaltungen aus. Aufgrund der zentralen Lage des Parks und seiner Atmosphäre halten wir eine Öffnung für weitere kulturelle Veranstaltungen für geboten.

2.12 Verkehrsberuhigung der Goethestraße

Der zwischen dem Hauptgebäude und dem neuen Verwaltungssitz der Justus-Liebig-Universität liegende Teil der Goethestraße soll stärker als bisher verkehrsberuhigt werden, um die Wegebeziehung zwischen den beiden universitären Einrichtungen zu stärken.

2.13 Umgestaltung Schlossgasse

Im Rahmen der Landesgartenschau sollte die Schlossgasse so umgestaltet werden, dass sie als Verbindungsachse zwischen dem Alten Schloss und dem Stadtkirchenturm deutlich erkennbar wird. Damit verbunden wäre ein deutlicher Ausbau als Laufweg, die Beseitigung des Parkverkehrs und die Installation einer passenden Beleuchtung.

2.14 Kongresshotel

Gießen fehlt ein modernes Kongresszentrum, insbesondere im Hinblick auf die Bedürfnisse von Universität, Universitätsklinikum und Fachhochschule. Um den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Gießen zu profilieren und um zu verhindern, dass nationale und

internationale Kongresse und Tagungen aus Gießen abwandern oder gar nicht nach Gießen kommen, muss sich die Stadt auch weiterhin mit Nachdruck um einen Investor für den Bau eines Kongresszentrums, das den heutigen Anforderungen gerecht wird, am Standort Berliner Platz bemühen.

2.15 Feuerwehr

Gießen verfügt traditionell über mehrere Freiwillige Feuerwehren und eine Berufsfeuerwehr. An dieser Aufteilung wollen wir festhalten. Die Zusammenarbeit von beiden ist weiter zu fördern. Vor allem die ehrenamtliche Arbeit der freiwilligen Feuerwehren wollen wir stärker gewürdigt sehen. Dies bedeutet neben einer öffentlichen Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit, z.B. durch eine Einladung der Wehrführer zum Neujahrsempfang der Stadt Gießen, auch eine angemessene Ausstattung mit Räumen, Fahrzeugen und persönlichen Ausrüstungsgegenständen.

Besonderer Wert muss auf eine stärkere Förderung der Jugendarbeit gelegt werden; sie ist der Grundstein für die Sicherung des Brandschutzes in Gießen. Deshalb muss gerade bei der Jugend um Nachwuchs geworben werden.

Die dringend notwendige Sanierung der bestehenden Feuerwache im Bestand ist nicht möglich. Deshalb setzt sich die FDP für den Neubau eines Rettungszentrums für die Berufsfeuerwehr, die Freiwillige-Feuerwehr Gießen Mitte und u.U. andere Rettungsdienste ein. Der Neubau soll über ein Privat-Public-Partnership-Modell finanziert werden.

2.16 Ansiedlung eines Freizeitparkes in Lützellinden

Für die Gewerbefläche Lützellinden können wir uns die Ansiedlung eines großen Freizeitparks vorstellen. Damit könnten nicht nur erhebliche Gewerbesteuerereinnahmen erschlossen, sondern auch viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die verkehrsgünstige Lage der Gewerbefläche mitten in Deutschland, direkt an der Autobahn, spricht ebenso für diesen Standort wie das Fehlen vergleichbarer Freizeitangebote in Hessen.

2.17 Verkehrsführung in Gießen

Die FDP fordert eine allgemeine Überprüfung der Verkehrsführung in der Gießener Kernstadt. Dabei soll ein besonderer Prüfungsschwerpunkt auf die ökologische und ökonomische Schaltung der Lichtzeichenanlagen („Ampelanlagen“) gesetzt werden.

3 Haushalt und Finanzen

Der Haushaltsplan der Stadt Gießen für das Jahr 2011 hat im Ergebnishaushalt ein Gesamtvolumen von ca. 190 Mio. Euro, darin enthalten sind 35 Mio. investive Mittel, 10,6 Mio. Euro freiwillige Leistungen und 15 Mio. Neuverschuldung. Die FDP wird darauf hinarbeiten, in den nächsten fünf Haushaltsjahren ohne Nettoneuverschuldung auszukommen. Dieses Ziel kann nicht durch Einnahmeerhöhungen erreicht werden, sondern erfordert effektives und effizientes Sparen. Das bedeutet, in jedem Jahr müssen 15 Mio. Euro eingespart werden.

Die aktive Ansiedlungspolitik der letzten zehn Jahre muss konsequent weiter betrieben werden, zur Generierung weiterer Einnahmen und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Durch eine mittelfristige Senkung der Hebesätze bei der Gewerbesteuer ist ein erhöhtes Steueraufkommen zu erreichen. Im Vergleich zu den anderen hessischen Sonderstatusstädten liegen die Hebesätze in Gießen deutlich über dem Durchschnitt, so dass Ansiedlungen für Unternehmen erschwert werden.

Für die Finanzlage Gießens haben die ca. 30.000 Studierenden und die Hochschulen selbst eine große Bedeutung. In diesem Zusammenhang machen sich die Liberalen dafür stark, dass Studierende ihren ersten Wohnsitz nach Gießen verlegen. Dafür muss die Stadt attraktivere Anreize schaffen.

Bei aller Notwendigkeit von Sparmaßnahmen dürfen Zukunftsinvestitionen, etwa in Schulen und Kindertagesstätten, nicht unterlassen werden.

3.1 Verwaltung

Die Gießener Stadtverwaltung ist dank des neuen Rathausgebäudes effizienter geworden, doch darf jetzt nicht aufgehört werden, Arbeitsabläufe effektiver und kostensparender zu gestalten. Die Verwaltung muss weiter verschlankt werden, damit Mittel für Investitionen in die Zukunft und zum Abbau der Nettoneuverschuldung genutzt werden können. Die FDP Gießen fordert eine Budgetierung der Personalkosten und ein effektiveres Personalmanagement, um bei besserer Qualität die derzeit bestehende Stellenbesetzungssperre überflüssig zu machen.

3.2 Ansiedlungspolitik

Für die FDP eignen sich als Zukunftsregionen unserer Stadt der Leihgesterner Weg für die Ansiedlung von biomedizinischen und physikalischen Unternehmen, das US-Depot für die Schaffung eines Logistikzentrums und die Gewerbefläche in Lützellinden für die Ansiedlung eines größeren Freizeitparks.

3.3 Privat-Public-Partnership (PPP)

Für zukünftige Infrastrukturprojekte strebt die FDP bevorzugt Lösungen über PPPs an. Denn hierdurch können Kosten gespart werden. Als herausragendes Projekt bietet sich hierfür die neue Feuerwache an.

3.4 Gewerbesteuer

Die FDP setzt sich auf allen Ebenen für eine Reform der Gewerbesteuer ein, da sie den Kommunen keine Planungssicherheit bietet. In

3.4 Gewerbesteuer

Gießen setzt sich die FDP dafür ein, mittelfristig die Hebesätze für die Gewerbesteuer zu senken. Hierdurch werden mehr Anreize zur Ansiedlung von Unternehmen mit neuen Arbeitsplätzen geschaffen, können bestehende Unternehmen am Standort Gießen gehalten und langfristig die Einnahmen der Kommune erhöht werden.

4 Die Stadt als Dienstleister

4.1 Zukunftstechnologien

Die FDP Gießen fordert und forciert den Ausbau des Breitbandnetzes in Gießen und in Gießens Umland. Ziel der FDP ist es, dass jeder Bürger der Stadt Gießen Zugang zu einem Breitbandanschluss hat. Der Breitbandzugang soll sowohl über Kabel als auch über Funknetze möglich gemacht werden.

4.2 Internetauftritt der Stadt Gießen

Die FDP Gießen fordert für die Stadt Gießen einen einheitlichen, modernen und vor allem benutzerfreundlichen Internetauftritt. Es ist eine Portallösung zu realisieren, die die beiden Auftritte von Stadt und Gießen Marketing zusammenfügt und die differenzierte Darstellung von Ämtern und Unternehmen ermöglicht. Ein benutzerfreundlicher Internetauftritt soll der Verwaltung dienen und alle Ämter sollen für Bürger per E-Mail zu erreichen sein. Die Nutzung der überwiegend kostenlosen Neuen-Sozialen-Medien soll durch die Stadt forciert werden.

In Gießen finden sehr viele Veranstaltungen statt, leider oft zur gleichen Zeit an verschiedenen Orten. Es mangelt an Koordination. Zur terminlichen Abstimmung wollen wir bei der Gießen Marketing GmbH einen Veranstaltungskalender vorhalten, in dem nicht nur alle städtischen Veranstaltungen eingetragen werden, sondern

4.3 Privatisierung öffentlicher Aufgaben

sich auch alle privaten und kommerziellen Veranstalter eintragen können (interaktive Nutzung). Auf diese Weise genügt ein Blick in diesen Veranstaltungskalender, um „Veranstaltungsschwerpunkte“ zu erkennen und zu vermeiden. Ein solcher Veranstaltungskalender wäre zudem ein verlässliches Planungsinstrument für alle Freizeitaktivitäten.

4.3 Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Jede städtische Aufgabe gehört auf den Prüfstand, ob sie heute noch von der öffentlichen Hand erfüllt werden muss. Die Vergabe öffentlicher Aufgaben an Dritte ist in allen Bereichen ebenso vorbehaltlos zu prüfen wie die Einbeziehung Privater zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Erfolgreich war z.B. die Vergabe von Kindertagesstätten an freie Träger und die Umwandlung des Stadtmarketing in eine GmbH. Die bis jetzt erfolgten Privatisierungen sollen beibehalten werden. Eine Erweiterung des wirtschaftlichen Engagements der Kommune lehnen wir ab. Wirtschaftsunternehmen der Stadt sind daraufhin zu überprüfen, ob sie ganz oder teilweise in alleiniger öffentlicher Hand bleiben müssen.

4.4 Wirtschaftsförderung

Wirtschaftsförderung ist vor allem Standortentwicklung. Ein guter Standort zeichnet sich neben den harten Standortfaktoren wie Gewerbeflächen, Infrastruktur, Fachkräfte und eine leistungsfähige Verwaltung auch durch attraktive weiche Standortfaktoren aus. Das sind vor allem Einrichtungen für Bildung, Kultur und Sport. Gute Schulen, Sportvereine und unser Stadttheater sind daher unverzichtbare Bedingungen für eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung.

Die Wirtschaftsförderung kümmert sich aber nicht nur um die

Ansiedlung neuer Gewerbetreibender und damit um die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern steht auch den angesiedelten Unternehmen als Ansprechpartner der städtischen Verwaltung und Berater vor allem in Fragen der finanziellen Förderung zur Verfügung. Diese Aufgabe steht für uns gleichwertig neben dem Werben um neue Unternehmen.

4.5 Deregulierung von Bebauungsplänen

Die FDP tritt dafür ein, in Bebauungsplänen nur absolut erforderliche Reglementierungen aufzunehmen. Weniger detaillierte Vorgaben in Bebauungsplänen bedeutet schnelleres Bauen, größere Freiheit für Bauwillige und vielfältigere, optisch ansprechendere Baugebiete. Wir werden auch weiterhin für eine Deregulierung und für einfache, lesbare Bebauungspläne eintreten, die dem Bauherrn die größtmögliche Individualität bei der Gestaltung seines Grundstücks bietet.

5 Stadt, Hochschulen und Studierende

Die Stadt muss das Potenzial der Hochschulen besser nutzen. Für Unternehmensgründungen, die aus diesen Bereichen entstehen, müssen in der Startphase geeignete Flächen und Hilfeleistungen zur Verfügung gestellt werden. Weitere Hilfestellung erhalten die Unternehmensgründer durch den von der FDP ausdrücklich unterstützten Existenzgründerfonds.

Des Weiteren soll sich die Stadt für eine stärkere Verbindung zwischen Hochschulen und heimischen Unternehmen stark machen. Diese Verbindung ist elementare Aufgabe der Wirtschaftsförderung in der Stadt Gießen; sie ist von großem Nutzen für Stadt, Hochschulen und Bevölkerung. Beste Beweise für diese Entwicklung sind das Anwenderzentrum, TIG und Transmit.

5.1 Hochschulen und Verkehr

Während der Vorlesungszeit kommen täglich mehrere tausend Studierende nach Gießen. Das Angebot des ÖPNV muss unter Berücksichtigung der Hochschuleinrichtungen weiter verbessert werden. Stadt und Hochschulen müssen ein gemeinsames Konzept erarbeiten, mit dem der notwendige Parkraum unter Berücksichtigung der Interessen der Studierenden, der Bediensteten und der Anwohner sichergestellt werden kann.

Die Streckenführung der Stadtbuslinien ist im Hinblick auf die Belange der Hochschulen zu überprüfen und wo nötig sind Anpassungen vorzunehmen. Nur so kann erreicht werden, dass der Verkehr zwischen den Hochschuleinrichtungen stärker auf den öffentlichen Nahverkehr verlegt wird. Die Vertreter der Stadt Gießen müssen im Aufsichtsrat des RMV auch die Interessen der Studierenden vertreten. Die Stadt Gießen muss nach Meinung der FDP den Fortbestand und die Weiterentwicklung des Semestertickets aktiv unterstützen.

5.2 Keine Zwangseinbürgerung für Studierende

Die meisten in Gießen wohnenden Studierenden sind durch das Einwohnermelderecht gesetzlich verpflichtet, ihren Erstwohnsitz in Gießen anzumelden. Von den dadurch auf die Stadt entfallenden höheren Geldzuweisungen profitieren letztlich auch die Studierenden selbst, etwa durch ein attraktives kulturelles Angebot in der Stadt.

Die FDP spricht sich weiter für einen angemessenen Anreiz für die Anmeldung des Erstwohnsitzes aus. Es soll geprüft werden, ob statt „Willkommensgeld“ und Gutscheine für die Zeit des Studiums ein Fahrrad zur Verfügung gestellt werden kann.

6 Kultur

Ein vielfältiges Kulturleben ist ein bedeutsamer Gradmesser für die Lebensqualität in unserer Gesellschaft. Liberale Kulturpolitik zielt nicht nur auf die Bewahrung und Pflege des kulturellen Erbes, sondern öffnet sich auch neuen Ideen und Wegen. Kulturelles und künstlerisches Schaffen auf allen Gebieten sowie die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur fördern individuelle und soziale Identität. Daher muss Kulturförderung integraler Bestandteil von Kommunalpolitik sein. Neben ehrenamtlichem Engagement, privatem Sponsoring und bürgerlichem Mäzenatentum bleibt Kulturförderung Verpflichtung von Staat und Stadt. Dabei ist es wichtig, Netzwerke zu bilden zwischen kommunaler Verwaltung, Wirtschaft, öffentlichen und privaten Institutionen, Vereinen und Initiativen.

Kultur und Kulturpolitik bestimmen auch in hohem Maße die Zukunftschancen der jungen Generation. Daher muss städtische Kulturpolitik einen besonderen Schwerpunkt auf die musisch-kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen legen, um frühzeitig ihre Kreativität zu fördern, ihre Intelligenz auszubilden und ihre Persönlichkeit zu entwickeln. Für eine aktive städtische Kulturpolitik tritt die FDP auch deswegen ein, weil Kultur- und Bildungseinrichtungen als ökonomische Standortfaktoren über die Grenzen der Stadt hinaus wirken und ihr vielfältigen wirtschaftlichen Nutzen, nicht zuletzt in Form von Arbeitsplätzen, bringen. Im Bereich der Kulturwirtschaft gehen kulturelle Betätigung und wirtschaftliches Erfolgsstreben eine enge Symbiose ein.

In den beiden zurückliegenden Wahlperioden erfuhr das kul-

turelle Leben unserer Stadt Gießen dank der Arbeit der beiden liberalen Kulturdezernenten Dr. Reinhard Kaufmann und Harald Scherer vielerlei Impulse. Dazu gehören u.a. das Projekt „Gießen historisch“, der Hein-Heckroth-Bühnenbildpreis, die „Gießener Köpfe“, die Basilika-Konzerte auf dem Schiffenberg, im neuen Kulturathaus der Konzertsaal, die Kunstaussstellungshalle und die neue, ansprechende Stadtbibliothek, der Anstoß zur Gründung eines Literaturzentrums, die Bereitstellung von Ausstellungsräumen in der ehemaligen Stadtbibliothek in der Kongresshalle sowie die Initiative „Kultur im Dialog“. Unbestritten gewann Gießen an kulturellem Profil. So konnte Gießen seinem selbstgewählten Anspruch, "Kulturstadt an der Lahn" zu sein, deutlich näher kommen. Wir werden darüber wachen, dass diese Errungenschaften auch unter der Verantwortung der derzeitigen Kulturdezernentin geschützt und erhalten bleiben.

6.1 Stadttheater

2007 feierte das Stadttheater – „Denkmal bürgerlichen Gemeinns“ – seinen 100. Geburtstag! Das Theater mit seinen drei Sparten (Musik, Schauspiel und Tanz) und dem Kindertheater ist ein wichtiger Eckpfeiler der kulturellen Infrastruktur unserer Stadt. Die Stadt muss alles tun, damit es bei dem zur Sicherung seiner Finanzierung mit dem Land Hessen und dem Landkreis Gießen geschlossenen Theatervertrag bleibt.

Wir verkennen nicht, dass die derzeitigen Arbeitsbedingungen am Gießener Stadttheater nicht optimal sind. Es fehlt an Raum, der nur durch einen Anbau an die Rückseite des Stadttheaters erreicht werden kann. In diesen Anbau kann auch der dringend notwendige Aufzug für die oberen Etagen des Theaters Platz finden. Einen angebauten Aufzug lehnen wir aus funktionalen, denkmalrechtlichen

und fiskalischen Gründen ab. Es fehlt an guten Übungsräumen für das Philharmonische Orchester und es fehlt an einer modernen Studiobühne, die am Berliner Platz entstehen soll. Diesen Aufgaben muss sich die Stadt vorrangig annehmen, um die Leistungsfähigkeit seines Stadttheaters auch für die Zukunft zu sichern.

6.2 Oberhessisches Museum

Mit seinen Abteilungen im Alten Schloss, im Leib'schen und Wallenfels'schen Haus hat das Oberhessische Museum Umfang und Qualität eines Landesmuseums erreicht; zwischen Frankfurt und Kassel besteht keine vergleichbare museale Einrichtung. Das Oberhessische Museum ist eine unverzichtbare Bildungseinrichtung unserer Stadt, die der kontinuierlichen Förderung bedarf.

Bei den städtischen Planungen zur zukünftigen Gestaltung der Innenstadt ist zu berücksichtigen, dass mittel- bis langfristig ein Erweiterungsbau des Museums erforderlich wird – vor allem wegen der dank bürgerschaftlichen Engagements in Form von Schenkungen und Vermächtnissen stetig wachsenden Bestände.

Wir befürworten eine bauliche Erweiterung des Alten Schlosses im Randbereich des Botanischen Gartens am Brandplatz.

6.3 Naturwissenschaftliche Museumskette

Mit dem Liebig-Museum und dem Mathematikum sowie dem Botanischen Garten ist der Grundstock für eine naturwissenschaftliche Museumskette gelegt, mit der sich Gießen als Museumsstandort gegenüber der stärker geistes- und kulturwissenschaftlich ausgerichteten Museumslandschaft unserer Nachbarstadt Wetzlar profilieren kann.

In der Alten Post, deren architekturhistorisch wertvolle Bau- substanz nicht länger dem Verfall ausgesetzt bleiben darf, kann sich die FDP die Unterbringung der geologisch-paläontologischen Sammlungen der JLU ebenso vorstellen wie ein meteorologisches Museum und im Gedenken an die Tätigkeit von Conrad Röntgen in Gießen ein interaktives Physik-Museum.

6.4 Dauerausstellung „Garnisonsstadt Gießen“

Nach dem Wegzug der letzten amerikanischen Streitkräfte und der Bundeswehr aus Gießen sowie dem absehbaren Ende des amerikanischen Depots halten wir es für dringend notwendig, dem Gedenken an die traditionsreiche Vergangenheit Gießens als Garnisonsstadt mit einer solchen Dauerausstellung Rechnung zu tragen. Hierfür liegt seit Beginn 2010 ein fachlich fundiertes Konzept vor.

6.5 Skulpturenprojekt „Gießener Köpfe“

Die vom ehemaligen Kulturdezernenten Dr. Reinhard Kaufmann ins Leben gerufene Reihe, mit der an Menschen erinnert werden soll, die die Geistes- und Kulturgeschichte unserer Stadt bereichert haben, bedarf der Fortsetzung. Vor allem in der Fußgängerzone u.a. Bereichen der Innenstadt ist Raum für die Aufstellung weiterer Büsten. Erste „Kandidaten“ für die Fortsetzung der Reihe könnten die Unternehmer und Mäzene Georg Philipp und Wilhelm Gail sowie die Soziologin Helge Pross sein. Bei der Auftragsvergabe sollen Künstler aus dem heimischen Raum berücksichtigt werden. Gerne hilft die Stadt Sponsoren bei der Verwirklichung ihres Beitrages zu dieser Reihe.

6.6 Kulturrathaus

Seit der Errichtung des Kulturrathauses gibt es an dessen Außenfassade keinen diesbezüglichen Schriftzug. Wir wollen, dass das Gießener Rathaus den Schriftzug „Kulturrathaus“ erhält.

Bisher wurde mit Ausnahme der im Zusammenhang mit dem Bildhauersymposium 2009 erschaffenen Kunstwerke auf eine Ausstattung des Rathauses mit Kunst verzichtet. In Anlehnung an das Prinzip „Kunst am Bau“ bei Bauten des Bundes und der Länder sollte die Stadt Gießen Mittel für den Erwerb von Kunstwerken bereit stellen. Angesichts der finanziellen Situation der Stadt schlagen wir vor, 0,5 Prozent der Rohbaukosten für die Anschaffung von Kunst im Rathaus zu verwenden. Hierfür soll der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept vorgelegt werden, das auch die Werke heimischer Künstler berücksichtigt.

Einmal jährlich soll im Gießener Kulturrathaus eine lange „Kulturrathausnacht“ stattfinden, in der das kulturelle Angebot für jedermann zugänglich ist.

Angesichts der knappen Personalressourcen der Stadt ist es zur Schaffung eines attraktiven Angebotes unabdingbar, privatwirtschaftliche Möglichkeiten eines offensiven Marketings des im „Kulturrathaus“ entstandene Konzertsaal und der Kunsthalle einschließlich des dazugehörigen Catering-Angebots zu nutzen. Die Bespielung vor allem des Konzertsaal ist im Rahmen einer Privat-Public-Partnership (PPP) eigenverantwortlich in die Hände Dritter zu legen. Nur so sehen wir eine kontinuierliche und professionelle Nutzung dieser Räumlichkeit gewährleistet.

6.7 Einbaum ins Kulturrathaus

Für die dauerhafte Ausstellung des bei den Bauarbeiten am Oswaldsgarten 2004 geborgenen, mehr als 1000 Jahre alten Einbaums, befürworten wir die von Fachleuten als geeignet angesehene Fläche im Kulturrathaus vor dem Eingang zu den Magistratbüros.

6.8 Musikschule

Angesichts der Bedeutung, die der musikalischen Bildung und vor allem der aktiven Musikausübung für die Entfaltung der Lernfähigkeit von Kindern und deren Entwicklung zukommt, erfüllt die städtische Musikschule einen wichtigen Bildungsauftrag. Ihre Leistungsfähigkeit ist durch eine personelle Verstärkung zu sichern und auszubauen. Dies betrifft insbesondere die frühkindliche Förderung.

6.9 Veranstaltungsort Schiffenberg

Der Schiffenberg mit seinem kunsthistorisch wertvollen Architekturensemble ist nicht nur ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Bewohner Gießens und des Umlandes, sondern sollte stärker als bisher als kultureller Veranstaltungsort für Mittelhessen und darüber hinaus genutzt werden. Ein erster Schritt hierzu wird mit der Errichtung eines Kletterwaldes auf dem Schiffenberg getan.

Der beliebte Musikalische Sommer auf dem Schiffenberg soll zu einem regionalen Kulturfestival ausgebaut werden. Neben dem folkloristischen Programm heimischer Gesangs- und Musikgruppen und den Basilika-Konzerten ist auch das Stadttheater wieder verstärkt in das Programmangebot einzubeziehen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Basilika so schnell wie möglich saniert wird. Dies ist nicht nur im Interesse der vielen Besucher des Schiffen-

bergs erforderlich, sondern dient auch dem Erhalt dieser wertvollen historischen Bausubstanz.

6.10 Pflege historischer Bausubstanz

Die Bemühungen der Stadt um den Erhalt historisch wertvoller Bausubstanz müssen fortgesetzt werden; dazu gehören z.B. das Ensemble am Kirchenplatz, das Zeughaus mit dem Neuen Schloss, der Gebäudekomplex des Schlachthofs, die Häuserzeilen entlang der Wieseck, das Bahnhofsensemble, die Basilika auf dem Schiffenberg, aber auch die dörflichen Kerne in den Stadtteilen. Hierbei ist eine enge und verständnisvolle Zusammenarbeit mit den Eigentümern unerlässlich.

6.10.1 Restaurierung der Schiffenberg-Basilika

Nach der vorbildlichen Restaurierung der Wirtschaftsgebäude muss die Stadt dringend die zur Erhaltung der mittelalterlichen Bausubstanz erforderliche Sanierung und Restaurierung der Basilika vorantreiben. Dazu ist die fachliche Mitwirkung des Hessischen Landesamtes für Denkmalpflege unerlässlich sowie das finanzielle Engagement des Landes Hessen und nach Möglichkeit der Europäischen Union zu gewinnen.

6.10.2 Grabdenkmäler auf dem alten und neuen Friedhof

Die Bemühungen um den Erhalt künstlerisch und stadtgeschichtlich wertvoller, vom Verfall bedrohter Grabdenkmäler auf den beiden Friedhöfen sind zu verstärken. Alle Grabdenkmäler sind in einem wissenschaftlich fundierten Katalog zu erfassen. Die finanzielle Beteiligung der Justus-Liebig-Universität sowie von Landes- und

Berufsverbänden ist ebenso anzustreben wie die Übernahme von Patenschaften durch Privatpersonen.

6.10.3 „Pavillon“ auf dem alten Friedhof

An dem durch Sichtachsen betonten Standort des in den Nachkriegsjahren errichteten und nun sanierungsbedürftigen Dienstgebäudes soll ein pavillonartiger Zentralbau entstehen, der in seinem Baustil der kulturhistorischen Bedeutung des alten Friedhofs gerecht werden muss. In ihm können nicht nur wertvolle Grabmäler, die nicht restauriert werden können, sicher vor weiterem Verfall untergebracht und kulturhistorische Erläuterungen zum alten Friedhof angebracht werden, sondern gelegentlich auch temporäre Ausstellungen gezeigt werden.

6.11 Kirchenplatz

Der Kirchenplatz bedarf als ein zentraler Platz einer Neugestaltung. In Absprache mit dem Grundstückseigentümer (Evangelischer Kirchengemeindeverband Gießen) soll unter Berücksichtigung der Anregungen der Lokalen Agendagruppen spätestens zur Landesgartenschau 2014 ein Platz mit hoher Aufenthaltsqualität entstehen, bei dem die Steinplatten, die die Umfassungsmauern der im Krieg zerstörten Kirche nachzeichnen, teilweise durch Steinblöcke in Sitzhöhe zu ersetzen sind. Die dadurch auf dem Platz entstehenden Sitzgelegenheiten tragen über die Randzonen hinaus zur Belebung des Platzes im Sinne einer „Piazza“ bei. Die Maßnahme ist so auszuführen, dass auch zukünftig beim Stadtfest und anderen städtischen oder von anderen Trägern organisierten Ereignissen die Aufstellung der eingesetzten transportablen Bühne möglich ist.

6.12 Unterstützung kulturschaffender Vereine

Vereine und private Initiativen von Gruppen und Einzelpersonen, insbesondere musiktreibende und Gesangsvereine, aber auch Theater- und Satire-Ensembles, leisten einen wichtigen Beitrag zu einem möglichst vielseitigen Kulturangebot in unserer Stadt. Die zurzeit liberaler Kulturdezernenten zu ihrer Förderung kontinuierlich aufgestockten Haushaltsansätze sind angesichts steigender Nachfrage zu erhalten, trotz des Sparzwangs der Kommune bei freiwilligen Leistungen. Dabei müssen Kriterien wie künstlerische Qualität und Beitrag zur Profilierung des kulturellen Angebots in unserer Stadt weiter Vorrang vor dem „Gießkannenprinzip“ haben.

6.13 Stärkung der Gießener Kulturstiftung

Das Vermögen der aus der ehemaligen Canon-Kulturstiftung hervorgegangenen Gießener Kulturstiftung hat sich als zu gering erwiesen, um aus den Erträgen eine angemessene Förderung kultureller Projekte und Einrichtungen ermöglichen zu können. Daher soll die Stadt Anstrengungen unternehmen, um zusätzliches privates Kapital im heimischen Raum zu mobilisieren, damit eine finanzkräftige Gießener Kulturstiftung in die Lage versetzt wird auch und in erster Linie Kunst- und Kulturprojekte von regionaler und überregionaler Ausstrahlung zu fördern.

6.14 Hein-Heckroth-Bühnenbildpreis

Seit 2003 verleiht die Stadt Gießen alle zwei Jahre gemeinsam mit der Hessischen Landesregierung den Hein-Heckroth-Bühnenbildpreis, mit dem an das künstlerische Erbe des einzigen Gießener Oscar-Preisträgers, des Malers und Bühnenbildners Hein

Heckroth, erinnert werden soll. Die Mittel für den städtischen Anteil am Preisgeld zur Förderung des künstlerischen Nachwuchses und zur Abwicklung der Preisverleihung sind auch zukünftig in den Haushaltsplänen bereitzustellen. Durch diesen einzigen deutschen Bühnenbildpreis wird der Ruf Gießens als Kulturstadt überregional gefestigt.

6.15 Wilhelm-Gail-Plakette

Für die Anerkennung herausragender Leistungen auf kulturellem Gebiet werden eine Wilhelm-Gail-Plakette geschaffen und für ihre Vergabe Richtlinien erarbeitet. Die Plakette soll jährlich an Bürgerinnen und Bürger verliehen werden, die sich um das kulturelle Leben und Bildungsangebot in Gießen verdient gemacht haben. Mit ihr soll zugleich die Erinnerung an Kommerzienrat Dr. h.c. Wilhelm Gail, den großzügigen Förderer des Oberhessischen Museums und anderer Kultureinrichtungen in Gießen, wach gehalten werden.

6.16 „Gießen historisch“

Nachdem in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Bauwerken der Kernstadt durch entsprechende Objekttafeln gekennzeichnet, die Orientierungstafeln aufgestellt und eine erläuternde Broschüre gedruckt werden konnten, bedarf es nun der Fortführung dieses touristisch wichtigen Vorhabens durch Einbeziehung der Stadtteile; dabei ist mit den Ortsbeiräten eng zusammenzuarbeiten, unter Einbeziehung der Ortsbeiräte.

6.17 Schlammbeißers Lahnlust

Das von dem ehemaligen Kulturdezernenten angeregte Lahnspektakel findet dieses Jahr bereits zum 7. Mal statt. Es leistet einen wertvollen Beitrag, die Lahn als Naherholungsgebiet und Ort für Kulturangebote aufzuwerten, den Fluss stärker im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern und zugleich sein touristisches Potenzial besser zu nutzen. Dies ist ganz im Sinne der Intention der Landesgartenschau. Die FDP steht für eine Fortführung dieses Events.

6.18 Kulturelle Zusammenarbeit mit Wetzlar

Die im Rahmen des Forschungsprojektes Stadt 2030 Gießen-Wetzlar bereits 2003 empfohlenen und von den politischen Gremien beider Städte anerkannten Handlungsschwerpunkte (z.B. gemeinsamer Kulturfonds, Kulturdialog Gießen-Wetzlar, Kulturgewerbehof als Gründerzentrum) bedürfen der weiteren Umsetzung. Ein Ausbau dieser Beziehungen ist zur Stärkung der regionalen Identität wichtig.

6.19 Städtepartnerschaften

Gießen pflegt mit Netanya (Israel), Gödöllő (Ungarn), Waterloo (USA), Winchester (England), Hradec Kralove (Tschechien), San Juan del Sur (Nicaragua) und Ferrara (Italien) gut funktionierende Städtepartnerschaften. Eine weitere Städtepartnerschaft mit der chinesischen Stadt Wenzhou wurde 2010 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Die Städtepartnerschaften dienen dem kulturellen, sportlichen und künstlerischen wie auch dem administrativen Austausch und sind weiterhin zu fördern, auch durch

6 Kultur

eine Unterstützung der Partnerschaftsvereine. Zur Belebung der Städtepartnerschaften und zur Unterstützung der Partnerschaftsvereine soll regelmäßig alle 3-4 Jahre ein Treffen aller Partnerstädte stattfinden. Ein erstes Treffen 2011 kann dazu genutzt werden, für ein Engagement der Partnerstädte auf der Landesgartenschau 2014 zu werben.

7 Schulen

Gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern hat es die FDP im Stadtparlament erreicht, dass in Gießen wieder eine wirkliche Vielfalt der Schulformen besteht. Diese Vielfalt zu erhalten ist das Hauptanliegen des liberalen Schuldezernenten Harald Scherer bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans im Jahr 2011.

Die Stadt Gießen als Schulträger ist für den Erhalt der baulichen Substanz und das Bereitstellen der Ausstattung der Gießener Schulen zuständig. Durch das Sonderkonjunkturprogramm aus dem Jahr 2009 sind an fast allen Gießener Schulen umfängliche Baumaßnahmen in die Wege geleitet worden, mit der nicht nur die energetische Sanierung, sondern auch die Verbesserung der Lernbedingungen als solche erfolgt. Zur Komplementärfinanzierung müssen wir auch in den kommenden Jahren in erheblichem Umfang Haushaltsmittel für den Erhalt der Bausubstanz der Gießener Schulen einsetzen. Dabei muss auch den hohen Sicherheitsstandards öffentlicher Gebäude Rechnung getragen werden. Der Ausbau der räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb ist fortzuführen. Eine aktive Mithilfe von Eltern und Fördervereinen ist dabei durchaus wünschenswert; die Verantwortung für den Zustand der Schulen aber trägt die Stadt allein und muss dieser auch gerecht werden.

7.1 Gießener Schulstruktur

Die FDP setzt sich weiter für ein breites Angebot unterschiedlicher Schulformen ein, und wird diese Vielfalt bei der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans 2011 erneut festschreiben. Die Entscheidung über die Form einer Schule, ob sie als additive oder integrierte Gesamtschule arbeiten oder ein Gymnasium oder eine Haupt- und Realschule oder eine Mittelstufenschule sein will, entscheidet die Schulgemeinde in Abstimmung mit dem Schulträger. Dieser ist dann für die Festlegungen im Schulentwicklungsplan verantwortlich. Dem Wunsch der Schulgemeinden soll Rechnung getragen werden. Die im Schulentwicklungsplan für die Gießener Schulen festgeschriebenen Jahrgangsbreiten sind einzuhalten.

7.2 Erhalt der Stadtteilschulen

Der Schulträger hat – in Absprache mit dem Staatlichen Schulamt – dafür Sorge zu tragen, dass die Stadtteilschulen in Gießen in ihrem Bestand nicht gefährdet werden. Dafür muss Gießener Schülern garantiert werden, die Gießener Oberstufe ihrer Wahl besuchen zu können. Nur durch eine solche Garantie kann erreicht werden, dass nicht alle Schülerinnen und Schüler bereits zur 5. Klasse in die Innenstadtsschulen strömen.

7.3 Grundschulen

Gerade jüngere Kinder brauchen den Kontakt zu ihrem Umfeld. Grundschulen müssen daher wohnortnah erhalten bleiben („Kurze Beine – kurze Wege“). Um dies zu gewährleisten, werden wir Raum- und Lehrangebot vorausschauend an die jeweilige Entwicklung der Schülerzahlen und Schulsituationen anpassen und begrüßen auch

Modelle wie z.B. jahrgangsübergreifenden Unterricht. Familienfreundliche Betreuungsangebote an allen Gießener Grundschulen ermöglichen es Eltern berufstätig zu bleiben und ihre Kinder gut und verantwortungsvoll betreut zu wissen.

7.4 Mittelstufen

Ein wichtiges Ziel muss der Erhalt der beiden Gießener Haupt- und Realschulen (Pestalozzische Schule und Alexander-von-Humboldt-Schule) sein. Hierfür ist die Umwandlung der Alexander-von-Humboldt-Schule in eine Mittelstufenschule zukunftsweisend. Die FDP will keinen der vorhandenen Schulstandorte schließen. Haupt- und Realschulen und berufliche Schulen sowie das örtliche Handwerk müssen in Zukunft noch stärker zusammenarbeiten als bisher und dabei auch neue Wege gehen. Nur so kann es gelingen, einerseits Haupt- und Realschulabgängern eine faire Ausbildungschance zu eröffnen und andererseits den Nachwuchsbedarf des örtlichen Handwerks zu bedienen. Die Kreishandwerkerschaft geht hier mit Gießener Schulen beispielhaft voran. Nach der Teilnahme an einem vom Schuldezernenten Harald Scherer 2010 einberufenen „Runden Tisch“ wurde eine erste fruchtbare Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Schule vereinbart. Diesem Beispiel müssen andere folgen. Auch die Zusammenarbeit zwischen Alexander-von-Humboldt, Aliceschule und Innungen ist wegweisend.

7.5 Oberstufen

Wir setzen uns für den Erhalt aller Gießener Oberstufen ein. Mit unterschiedlichen Schwerpunkten bereichern sie unsere Schullandschaft und erweitern die Wahlmöglichkeiten der Eltern und ihrer Kinder. Wird wegen zu geringer Jahrgangsbreiten die Möglichkeit

der Kurswahl zu sehr eingeschränkt, sind Formen der Zusammenarbeit zwischen den Oberstufen voranzutreiben; dies gilt besonders für die beruflichen Gymnasien, die wir dabei gerne unterstützen.

7.6 Berufliche Schulen

Berufliche Schulen sind ein wichtiger Teil des deutschen Bildungssystems und dürfen nicht benachteiligt werden. Deshalb haben wir ein millionenschweres Ausbauprogramm begonnen, z.B. für die Theodor-Litt-Schule und die Alicenschule.

7.7 Inklusive Schulen / Förderschulen

Zur Vielfalt der Schulformen in Gießen gehören auch Schulen, die es Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen ermöglichen, besonders gefördert zu werden. Inklusive Schulen sollen dort entstehen, wo ein entsprechender Bedarf ist. Neben dem sukzessiven Ausbau eines inklusiven Angebots an allgemeinbildenden Schulen werden wir die Förderschulen beibehalten. Wir sehen für diese Schulen trotz der inklusiven Schule auch in Zukunft ein Bedürfnis. Die Entscheidung über die Schulform muss sich allein am Wohl des Kindes orientieren. Eine wohnortnahe Schule ist gerade für Menschen mit Behinderungen wichtig; deshalb darf es keinen Schülertourismus zu Förderschulen geben.

7.8 Ganztagschule nach Maß

Das Ganztagsangebot in Gießen ist weiter zügig auszubauen. Dazu gehört neben der ganztägigen Betreuung der Kinder auch die Ausstattung mit Bibliothekshilfskräften durch den Schulträger. Dabei

darf keine Schule benachteiligt werden. Staatliche Förderprogramme sind auszuschöpfen.

7.9 Privatschulen

Wir verstehen Schulen in privater Trägerschaft als eine Bereicherung der Schullandschaft in Gießen.

7.10 Flexible und offene Schulbauten

Bei Neubau und Umbau von Schulen sollen Möglichkeiten geschaffen werden, Schulräume flexibel und offen zu gestalten. Eine Ausstattung aller Klassenräume mit neuen Medien ist ein weiteres wichtiges Ziel, damit Unterricht in Gießen wirklich nach den neuesten pädagogischen Erkenntnissen angeboten werden kann. Daneben sind die Außenanlagen und Schulhöfe so zu gestalten und zu pflegen, dass sie für Schülerinnen und Schüler nicht nur in den Pausen attraktiv sind, sondern auch an Nachmittagen als Spiel- und Sportraum dienen. Die Schulhöfe sollen dabei nicht nur jugend- sondern auch erwachsenengerecht ausgestattet werden.

7.11 Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis an Gießener Schulen

Aufgrund der Vielfalt der Schulformen ist die Stadt Gießen auch für Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis Gießen ein interessanter Lernort. Die Gießener Schulen sind offen für diese Schülerinnen und Schüler. Allerdings haben Jugendliche aus der Stadt Gießen Vorrang bei der Auswahl der Schule. An den sachlichen Kosten der

Ausbildung der Kinder aus dem Kreis ist der Landkreis Gießen kostendeckend zu beteiligen.

7.12 Drogen- und Gewaltprävention an Schulen

Die Schulen als Spiegelbild unserer Gesellschaft bleiben von Gewalt und Drogenkriminalität nicht verschont. Viele Probleme von Jugendlichen, auch aus unterschiedlichen Herkunftsländern, werden hier offenbar. Es muss deshalb auch weiterhin Sozialarbeit in den Schulen stattfinden, die sich dieser Probleme annimmt. Nur eine offene Zusammenarbeit zwischen Schulgemeinde, Stadt und Justiz ist geeignet, das Problem wirksam zu bekämpfen und um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Hierbei haben die Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen (AGGAS) und die Aktion „Schule machen ohne Gewalt“ (SMOG) schon wertvolle Arbeit geleistet und sollen diese auch weiterhin leisten. Insbesondere zur Prävention von Gewalt gegen und zwischen Kindern und Jugendlichen soll jedes Kind in Gießen während seiner Grundschulzeit ein geschlechterübergreifendes Trainingsprogramm absolvieren, das es Schülern ermöglicht, in Problemsituationen eigenverantwortlich zu handeln. Eltern und Lehrer müssen in diese Programme einbezogen werden. Die Finanzierung dieser Gewaltprävention muss mit dem Staatlichen Schulamt, der Landesregierung und den Eltern abgestimmt werden.

7.13 Schulentwicklungsplanung

Der Schulentwicklungsplan für die allgemeinbildenden Schulen muss 2011 fortgeschrieben werden. Bei der Fortschreibung werden wir darauf achten, dass die differenzierte und vielfältige Schullandschaft

in Gießen erhalten bleibt, kein einziger Schulstandort geschlossen wird und die erforderliche Abstimmung mit dem Landkreis Gießen stattfindet, mit dem bereits eine enge Zusammenarbeit verabredet wurde. Parallel zum Schulentwicklungsplan für die allgemeinbildenden Schulen soll auch der Schulentwicklungsplan für die Förderschulen fortgeschrieben werden.

7.14 Schulbroschüre

Um die Vielfalt des Gießener Schulangebotes darzustellen, bedarf es einer alle Schulen umfassenden Schulbroschüre. In ihr sollen neben den öffentlichen Schulen auch die in Gießen ansässigen Privatschulen aufgenommen werden. Die Schulbroschüre soll im Internet zum Download vorgehalten und jährlich aktualisiert werden.

7.15 EDV-Ausstattung und W-Lan

Gießens Schulen verfügen über eine sehr gute EDV-Ausstattung. Alle Schulen sind ausgestattet mit modernen Unterrichtsmitteln wie z.B. Smartboards und Multimediawagen. Wir sprechen uns dafür aus, dass in den Schulen auf Wunsch der Schulgemeinde auch drahtlose Funknetzwerke zum Einsatz kommen.

Der hohe Versorgungsgrad an den Gießener Schulen wirft neue Probleme bei der technischen Unterhaltung auf. Das Gießener M@uszentrums alleine kann diesen Arbeitsanfall nicht bewältigen. Erforderlich sind neue Modelle für den technischen Support. Eine Privatisierung dieser Dienstleistung muss ergebnisoffen geprüft werden.

7.16 Finanzielle Selbstständigkeit für selbstständige Schulen / Budgetierung

Schulleiter erhalten immer mehr Verantwortung für ihre Schule, sowohl im Personalbereich wie auch bei der Verwaltung staatlicher Gelder. Diesem vom Land gewährten Vertrauen in die Kompetenz der Schulleiter sollte die Stadt Gießen nicht nachstehen. Vor allem bei der Verwaltung der den Schulen zugewiesenen städtischen Mittel ist den Schulleitern Selbstständigkeit zu gewähren und Handlungsfreiheit einzuräumen.

Wir unterstützen besonders die Anstrengungen der Schulen, die das Angebot „Selbstständige Schule“ des Landes Hessen wahrnehmen.

7.17 Schülerbetreuung an Gießener Grundschulen

An allen Gießener Grundschulen bietet die Stadt Gießen als freiwillige Leistung Schülerbetreuung an, um Eltern eine Vereinbarkeit von Schule und Beruf zu ermöglichen. Wir stehen für den weiteren Ausbau dieser kommunalen Dienstleistung zu bezahlbaren Konditionen.

7.18 Schullandheim am Kniebis

Das Gießener Schullandheim hat seine Aufgabe erfüllt und wird nicht weiter benötigt. Es ist zu schließen, die Immobilie zu veräußern. So kann vermieden werden, dass weitere Gelder in die anstehende umfassende Instandsetzung der Liegenschaft investiert werden müssen.

7.19 Volkshochschule

Die Gießener Volkshochschule leistet eine hervorragende Arbeit, insbesondere im Bereich der Integration. Dennoch ist es nur schwer zu vermitteln, warum Stadt und Landkreis Gießen zwei getrennte Volkshochschulen betreiben. Deshalb steht die FDP mittelfristig für eine Zusammenlegung der beiden Volkshochschulen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll zunächst eine intensive Zusammenarbeit beider Bildungseinrichtungen stattfinden, bei der beide Volkshochschulen wechselseitig Aufgaben der jeweils anderen Volkshochschule mit übernehmen. Dadurch kann bereits jetzt in beiden Volkshochschulen Personal eingespart werden. Des Weiteren halten wir es für vertretbar, statt zwei Semesterprogrammen nur noch ein Jahresprogramm herauszugeben und zur Verbreitung dieses Programms stärker als bisher auf das Internet zu setzen.

8 Jugend, Familie und Soziales

In der vergangenen Legislaturperiode wurde als eine der ersten Maßnahmen erreicht, die Gebühren für das letzte Kindergartenjahr abzuschaffen. Damit konnte für alle Gießener Kinder eine bessere Chancengleichheit am Beginn des Bildungsweges erreicht werden.

Beim Ausbau der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren wurden große Fortschritte erzielt. Gießen liegt jetzt in Hessen auf einem Spitzenplatz. Außerdem wurden für die familienfreundlichen Wohngebiete „Schlangenzahl“ und „Marburger Straße West“ moderne Familienzentren in freier Trägerschaft errichtet. Ein weiterer Erfolg ist, dass auf Initiative der FDP der offene Jugendtreff in Kleinlinden eingerichtet und kürzlich vor der Schließung bewahrt wurde.

Gießens Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur bringt erhebliche soziale Lasten für die Stadt mit sich. Sozialpolitische Maßnahmen allein können diese Situation nicht ändern. Eine grundlegende Verbesserung der Sozialstruktur in Gießen kann nur durch eine bessere Wirtschaftsstruktur erreicht werden. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten muss sich unser soziales Netz bewähren. Dabei strebt die FDP eine möglichst effiziente Erbringung sozialer Leistungen an. Dies kann nur durch eine enge Zusammenarbeit der Stadt mit den Wohlfahrtsverbänden und anderen sozialen Initiativen erreicht werden.

Ziel der Sozialpolitik der Gießener FDP bleibt die Hilfe zur Selbsthilfe.

Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft. In Anbetracht

der demographischen Entwicklung müssen deshalb in Gießen weiterhin Anreize für die Gründung und Ansiedlung junger Familien geschaffen werden. Neben den „traditionellen“ Erziehungsaufgaben muss sich die Familie immer mehr der Konfliktbewältigung stellen. Gewalt, Drogenmissbrauch und Kriminalität sind Probleme, die die Familien oft nicht allein bewältigen können; sie bedürfen hierzu unserer angemessenen Hilfe. Der Ausbau von Kindertagesstätten zu Familienzentren ist dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Kinder und Jugendliche brauchen außerdem unsere Unterstützung bei der Gestaltung ihrer Freizeit und ihres Umfeldes, damit sie Konfliktsituationen bewältigen lernen und Eigeninitiative und Verantwortungsbewusstsein entwickeln.

8.1 Abschaffung der Kita-Gebühren

Die Abschaffung der Gebühren für das letzte Kindergartenjahr ist erreicht und ein großer Erfolg der FDP für Gießen und seine Bürger. Soweit es die Haushaltslage zulässt, setzt sich die FDP weiter dafür ein, dass die Gebühren für Kindertagesstätten für Gießener Kinder schrittweise abgeschafft werden.

8.2 Ausbau der Kinderbetreuungsplätze

Die Betreuungsmöglichkeiten in Gießener Kindertagesstätten sind durch zusätzliche Plätze für unter dreijährige Kinder und für Grundschulkinder bis zum 6. Schuljahr ausgebaut worden und werden weiter ausgebaut. Eventuell notwendige zusätzliche Finanzmittel muss das Land Hessen im Rahmen der erlassenen Bundesgesetze der Universitätsstadt Gießen entsprechend des nachgewiesenen Bedarfs zuweisen. Das qualitativ hochwertige Niveau der Betreuungseinrichtungen ist durch die Möglichkeit zur Teilnahme an entsprechenden

Fortbildungs- und Spezialisierungsmaßnahmen sicherzustellen.

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll der Weg der Modularisierung und Flexibilisierung der Angebote in Kindertagesstätten weitergegangen werden. Auch Angebote von freien und privaten Träger sollen weiterhin gefördert werden.

8.3 Jugend- und Schulsozialarbeit

Jugendliche mit Problemen benötigen Hilfe, damit sie nicht in Sucht und Kriminalität abgleiten. In Jugendtreffs und Gemeinschaftszentren freier Träger muss gefährdeten Jugendlichen weiterhin Hilfe angeboten werden. Dazu dient ein vielfältiges Angebot, das den jungen Menschen Perspektiven eröffnet. Es muss Aufgabe der Kommune sein, Träger der freien Wohlfahrtspflege zu unterstützen. Dies gilt insbesondere bezüglich der Abklärung des Bedarfs an zusätzlichen Jugendtreffs in den bislang unversorgten Stadtteilen Allendorf, Lützellinden und Rödgen. Grundsätzlich ist dezentralen, im sozialen Umfeld angesiedelten Angeboten Vorrang einzuräumen und sowohl für die Jugendtreffs in den Stadtteilen als auch für das Jugendzentrum „Jokus“ ein erfolgsorientiertes und integratives Konzept zu entwickeln.

Bei Konfliktsituationen zwischen Jugendlichen und Anwohnern wegen informeller Jugendtreffs ist auch zu sogenannten „Unzeiten“ die aufsuchende Jugendsozialarbeit verstärkt einzusetzen. Viele Probleme werden zuerst in den Schulen offenbar. Daher muss Sozialarbeit, die diese Problemeaufgreift, in den Schulen stattfinden. An Schulen in Problemgebieten sind deshalb Ganztagsangebote in Zusammenarbeit mit Vereinen und freien Trägern auszubauen.

8.4 Kinder- und Jugendspielplätze

Die Spielplätze der Stadt Gießen sind nach wie vor ständig auf ihre Sicherheit und Sauberkeit zu überprüfen. Neben den vorhandenen, häufig eher für kleinere Kinder geeigneten Plätzen, müssen bei der Renovierung und Neuanlage je nach demographischer Struktur des Sozialraums auch die Wünsche älterer Kinder, Jugendlicher und Senioren bei diesen Maßnahmen ist der wirkliche Bedarf im nachbarschaftlichen Umfeld zu berücksichtigen, gegebenenfalls muss auch ein Abriss von Anlagen in Betracht gezogen werden.

8.5 Verbandliche Jugendarbeit

Die Jugendarbeit in den Verbänden und Vereinen ist auch weiterhin zu fördern. Dies gilt gleichermaßen für den Stadtjugendring, die musiktreibenden Vereine wie auch für die Sportvereine. Daneben bedarf auch die Jugendarbeit der Feuerwehren und anderer am Gemeinwohl orientierter Gruppen besonderer Unterstützung. Sie leisten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Freizeitgestaltung, sondern fördern in erheblichem Maße das Verantwortungsbewusstsein gerade älterer Jugendlicher.

8.6 Jugendpflege und Ferienpass

Die Ferienpassaktion der Stadt soll in Zusammenarbeit mit Vereinen, Handel und Gewerbe weiter ausgebaut werden. Damit das Angebot weiterhin möglichst vielfältig und für Kinder und Jugendliche aus allen Schichten der Bevölkerung interessant ist, sollen durch verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen gemeinsame Angebote entwickelt werden.

Die Angestellten im Bereich der Jugendpflege sind von „fremden“ Aufgaben wie z.B. der Organisation des Open-Air-Kinos zu entlasten, um sich verstärkt ihren eigentlichen Aufgaben, wie z.B. der Erarbeitung eines neuen Konzepts für das Jugendzentrum Jokus, widmen zu können. Dieses Konzept ist baldmöglichst im Jugendhilfeausschuss und dessen Fachausschuss vorzulegen.

8.7 Effektivere Arbeit im Kinder- und Jugendhilfebereich

Die Novellierung des SGB 8 (KJHG) mit dem Ziel des verbesserten Kinderschutzes führt unweigerlich zu einem zusätzlichen finanziellen Aufwand im Bereich der bereits jetzt den städtischen Haushalt stark belastenden Ausgaben der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe. Angesichts der Haushaltslage ist es notwendig, die Effizienz der Abläufe und der eingesetzten Hilfen weiter zu verbessern. Der Bericht des Landesrechnungshofes „Vergleichende Prüfung der Jugendämter in Hessen“ zeigt die Notwendigkeit einer Organisationsberatung im Jugendamt Gießen auf. Ziel dieser Beratung ist der möglichst effektive Einsatz von Mitteln und die Verschlinkung von Abläufen, z.B. im Bereich der Tagesbetreuung oder der Betreuung junger Erwachsener. Dies muss dazu dienen, dass die Erfüllung der Pflichtaufgaben, trotz hoher Fallzahlen, sichergestellt werden kann.

Die drei Säulen effektiver Jugendhilfe sind Gesundheit, Arbeit und Kriminalprävention. Deshalb ist eine weitere Verbesserung der Vernetzung von Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Berufsförderung (GIAG) und Institutionen der Kriminalitätsprävention anzustreben.

Im Bereich der Jugendhilfe der Stadt und des Landkreises Gießen sollen Synergieeffekte optimal genutzt werden.

Die FDP wird den Magistrat in seinen Bemühungen unterstützen, mit Hilfe des Hessischen und des Deutschen Städtetages in

Verhandlungen mit der Bundesregierung Verbesserungen für die Kommunen im Bereich des SGB 8 (Kinder – Jugendhilfegesetz) zu erreichen.

8.8 Familienförderung

Die Kinderbetreuung in Gießen muss weiter quantitativ und qualitativ hochwertig ausgebaut werden. Die von der FDP in der letzten Legislaturperiode durchgesetzte ämterübergreifende Arbeitsgruppe „Familienförderung“ soll ihre Arbeit weiter intensivieren.

Die FDP erwartet von dieser Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der IHK und den Hochschulen Vorschläge zur verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Studium sowie Familie und Beruf, aber auch ein besseres familienorientiertes Verfahren bei der Vergabe von Baugrundstücken und der Planung und Ausweisung von Baugebieten wie z.B. im Baugebiet Allendorf-Nord.

8.9 Menschen mit Behinderungen

Behinderung und Hilfsbedürftigkeit kann jedes Mitglied unserer Gesellschaft treffen und ist weder auf Kinder oder alte Menschen, noch auf sonstige Gruppen beschränkt. Menschen mit Behinderung müssen sich die Welt anders aneignen, als dies Nichtbehinderte tun. Dieser Tatsache wollen und müssen wir Rechnung tragen, um behinderten Menschen den bestmöglichen Zugang zum gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Die FDP will Berührungspunkte abbauen und Menschen mit Behinderung stärker in die Gesellschaft integrieren. Kindern und Jugendlichen mit Behinderung muss möglichst früh die Chance gegeben werden, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Dabei darf die Fähigkeit der Behinderten zur Selbstorganisation nicht unterschätzt werden. Dies zu unterstützen, ist Aufgabe

städtischer Politik. Die Stadt als Arbeitgeberin muss hierbei eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Wir wollen Organisationen unterstützen, die zu einer Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den regulären Arbeitsmarkt beitragen.

Die Mobilität von Menschen mit Behinderung hängt davon ab, ob sie sich in ihrer Umgebung sicher bewegen können. Hierfür ist die Ausstattung mit behindertengerechten Bussen, Ampeln mit akustischen Signalen und abgesenkten Bordsteinen an Überwegen kontinuierlich auszubauen. Kinder mit Behinderung müssen so gefördert werden, dass sie ihre jeweiligen Fähigkeiten so früh wie möglich entfalten können. Ein ständiger Kontakt zu nichtbehinderten Kindern ist dabei sicherzustellen und ihre völlige Integration in die Gesellschaft als höchstes Ziel anzustreben. Freie Träger und Vereine, die die Teilnahme der Behinderten am Gemeinschaftsleben ermöglichen, verdienen deshalb unsere besondere Unterstützung.

8.10 Integration

Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Lebensbereiche und Politikfelder in unserem föderal organisierten Gemeinwesen betrifft. Die wichtigste Integrationsebene ist jedoch die Kommune. Hier leben, wohnen und arbeiten die Menschen. Hier sind Krippen, Kindertagesstätten, Schulen und Vereine, in denen gemeinsam gelernt und das menschliche Miteinander eingeübt wird.

In Gießen leben Menschen aus über hundert Nationen; viele von ihnen schon seit Jahrzehnten. Sie sollen unabhängig von Nationalität, Religion oder Weltanschauung die Möglichkeit haben, sich hier wohl zu fühlen. Dies erfordert sowohl Toleranz als auch die Fähigkeit, sich vorurteilsfrei mit dem jeweils Fremden auseinander zu setzen.

Für die FDP äußert sich Toleranz einerseits durch den Respekt

deutscher Bürger gegenüber fremden Sitten, andererseits durch Akzeptanz deutscher Gewohnheiten durch Mitbürger mit Migrationshintergrund. Um in diesem Sinne ein verbessertes Zusammenleben der Gießener mit ihren zugewanderten Mitbürgern zu fördern, hat die FDP gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern beispielhaft für ganz Hessen in der vergangenen Legislaturperiode die Stabsstelle eines/einer Integrationsbeauftragten geschaffen. Die FDP will den/die Integrationsbeauftragte(n) und den Ausländerbeirat auch in der nächsten Legislaturperiode bei der wichtigen Aufgabe unterstützen, neue und alteingesessene Bürger Gießens einander näher zu bringen.

Dabei wird die FDP sich speziell um diejenigen kümmern, die auf Grund mangelnder Bildung und Qualifikation in Parallelgesellschaften leben. Unsere Aufgabe ist es deshalb, vor Ort Unterstützungssysteme, wie die interkulturelle Kindergartenfachberatung auszubauen, die zum frühen Erwerb von Sprachkompetenz, zur individuellen Förderung von Begabungen und nicht zuletzt zu einer gemeinsamen Werteorientierung beitragen. Die Gießener Volkshochschule leistet hier bereits einen wichtigen Beitrag.

8.11 Jugendparlament

Die FDP setzt sich dafür ein, in Gießen die von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Jugendbeteiligung durch ein Jugendparlament zu gewährleisten. Hierbei soll sich die Stadt Gießen an dem erfolgreich geschaffenen Jugendparlament in Wiesbaden orientieren.

9 Gleichstellung von Frauen und Männern

Kommunale Frauenpolitik in Gießen bedeutete in der Vergangenheit, gesellschaftliche Probleme, die besonders Frauen betreffen, in abgegrenzter Diskussion zu behandeln. Dem Grundverständnis der FDP folgend, zerfällt die Gesellschaft nicht in einen weiblichen und einen männlichen Teil, sondern ist eine Einheit, die ganzheitliche Antworten fordert. Die Forderung nach Chancengleichheit ist dabei für Liberale eine Selbstverständlichkeit.

Es ist nicht damit getan, Forderungen nach Gleichstellung zu erheben. Tatsächliche Chancengleichheit wird nur erreicht, wenn dafür auch Voraussetzungen geschaffen werden. Dennoch bestehen unterschiedliche Interessen bei Männern und Frauen, denen Rechnung getragen werden muss.

Dem veränderten Rollenverständnis der Geschlechter muss auf kommunaler Ebene durch die vermehrte Einstellung von männlichen Erziehern in Kindertagesstätten entsprochen werden. Im Rahmen der Familienbildung soll es auch vermehrt Angebote für Väter geben. Die Stadt Gießen soll in diesem Sinne die Wahrnehmung der „Vätermonate“ im Rahmen der gesetzlichen Elternzeit bei ihren Angestellten unterstützen.

10 Senioren / Demographischer Wandel

Der demographische Wandel ist Zukunftsthema für die gesellschaftliche Entwicklung. Hier muss die Stadt Gießen Mittel und Wege finden, eine lebenswerte Stadt für alle Altersklassen zu bleiben.

Die FDP wendet sich gegen eine Rundum-Versorgung der Menschen durch soziale Institutionen und einen damit einhergehenden faktischen Entmündigungsprozess. Ältere Menschen leisten in dieser Gesellschaft noch viel. Sie aus dem gesellschaftlichen Leben auszugrenzen, hieße auf mannigfache Fähigkeiten und Erfahrungen zu verzichten. Jüngere Menschen können von den Erfahrungen der Senioren profitieren, so wie Senioren vom Elan und von neuen Ideen der Jungen. Viele ältere Mitbürger wollen ein Miteinander aller Generationen.

Politik muss dazu beitragen, den Dialog der Generationen zu fördern und auszubauen, damit die Erfahrungen älterer Menschen nicht verloren gehen. Nur so kann die Trennung der Gesellschaft in Gruppen vermindert und gegenseitige Hilfe auf Dauer gesichert werden.

Liberale verschließen nicht die Augen gegenüber den zwangsläufig altersbedingten Einschränkungen, setzen aber vor die Heim-Versorgung die Hilfe zur möglichst langen Selbständigkeit.

10.1 Altenplanung

Alle kommunalen Planungen, wie z.B. Weiterentwicklung des ÖPNV, Bebauungsplanung, Gesundheitsversorgung etc., muss auf die veränderten gesellschaftlichen Gegebenheiten mit einem zunehmenden Anteil älterer Menschen Rücksicht nehmen.

Angesichts veränderter Familienstrukturen muss die Seniorenpolitik flexible, bedarfsorientierte Projekte der ambulanten und stationären Pflege anbieten sowie alternative Betreuungsangebote entwickeln. Der Altenplan für die Stadt Gießen muss deshalb auch in Zukunft laufend fortgeschrieben werden. Er muss die demographische Entwicklung berücksichtigen und für alle Handelnden im heimischen Raum Impulse setzen.

Gießen verfügt über eine Vielzahl von Angeboten für Senioren, die jedoch transparenter zu bündeln sind. Die BeKo hat sich als zentrale Anlaufstelle für Ältere, Behinderte und deren Angehörigen etabliert, muss aber auch durch verstärkte Nutzung ehrenamtlichen Potenzials ihr Angebot verbessern. Sie sollte über alle Aktivitäten staatlicher und privater Institutionen informieren können.

10.2 Bildungsangebote für Senioren

Neben dem bewährten Angebot der Seniorenuniversität soll sich die Stadt bemühen, spezielle Angebote anderer Einrichtungen, z.B. der Fachhochschule und der Vereine, anzuregen. Gleichzeitig soll das Wissen der Senioren auch zum gemeinsamen Lernen der Generationen genutzt werden.

10.3 Wohnen für Senioren

Altengerechtes Wohnen ist für ältere Bürger ein unverzichtbares Thema, denn mit zunehmendem Alter ist auch bei noch aktiven Senioren die Mobilität eingeschränkt. Sie wollen in vertrauter Umgebung wohnen, selbständig leben und solange wie möglich unabhängig bleiben.

Die Stadt soll mit allen Trägern des sozialen Wohnungsbaus und soweit möglich mit privaten Bauherren Zielvereinbarungen treffen, um die Schaffung barrierefreien Wohnens zu fördern.

10.4 Stationäre Pflege und Tageseinrichtungen

Die FDP möchte, dass gerade ältere Menschen so lange wie möglich in ihren Wohnungen und bei ihren Familien leben können. Wo dies nicht mehr möglich ist, muss eine qualifizierte stationäre Betreuung gesichert sein. Hier unterstützt die FDP das Engagement aller Träger. Familien, die bedürftige Angehörige pflegen, müssen entlastet werden. Einrichtungen der Tagespflege können hier Abhilfe schaffen.

10.5 Seniorensport

Sportliche Aktivitäten und körperliche Fitness sind kein Privileg der Jungen. Gerade im fortgeschrittenen Alter leistet der Sport einen großen Beitrag zur Gesundheit und zur Steigerung der Lebensfreude. Spezielle Angebote der Vereine sind daher zu fördern, u.a. durch Bereitstellung geeigneter Übungsräume.

11 Sport

Keine Gesellschaft kann auf die Arbeit von Sportvereinen verzichten. Die ehrenamtliche Arbeit in Sportvereinen trägt wesentlich zu der Gesunderhaltung der Bevölkerung und zur Integration aller gesellschaftlichen Gruppen bei. Sie verdient deshalb die ausdrückliche Unterstützung der FDP. Deshalb darf es unter Berücksichtigung ihrer vielfältigen positiven Leistungen keine überproportionalen Kürzungen der kommunalen Zuschüsse für die Sportvereine geben. Auch darf die Arbeit der Sportvereine nicht durch unnötige bürokratische Regularien erschwert werden.

Der Förderung des Jugendsports wird auch in Zukunft eine besondere Bedeutung beigemessen.

11.1 Sportanlagen

Die städtischen Sportanlagen sind weiterhin den Sportvereinen kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Dabei sind bürokratische Hemmnisse bei der Nutzung der städtischen Sportanlagen durch Vereine, z.B. in Ferienzeiten, weiter abzubauen. Eigeninitiativen der Vereine zur Erhaltung und Schaffung ihrer Sportanlagen werden vorrangig gefördert. Bei Instandsetzungsmaßnahmen von Sportplätzen sind dabei Folgekosten angemessen zu berücksichtigen. Die städtischen Sportanlagen werden gemäß der Prioritätenliste für den kommunalen Sportstättenbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten saniert.

11.2 Täglicher Sportunterricht an Grundschulen

Die FDP unterstützt das Anliegen der Grundschule Rödgen und der Grundschule der Brüder-Grimm-Schule Kleinlinden, die tägliche Erteilung von Sportunterricht einzuführen.

11.3 Private Sport-Events unterstützen

Den Sporttreibenden muss auch in Zukunft – unter Berücksichtigung angemessener Umweltauflagen – möglich sein, die Natur für sportliche Zwecke zu nutzen, wie z.B. die Lahn bei der traditionellen Pfingstregatta. Die FDP begrüßt die Durchführung privat organisierter Sportveranstaltungen wie Run ´n´Roll for Help, Tuesday Night-Skating, City-Triathlon oder Beach-Volleyball-Events in Gießen. Die Stadt wird aufgefordert, auch künftig – soweit möglich – geeignete Flächen hierfür zur Verfügung zu stellen.

11.4 Spitzensport

Die FDP setzt sich weiterhin für die Belange des Spitzensports in Gießen ein. Dies betrifft sowohl die Vereine wie auch Individualsportler. Durch den Umbau der Sporthalle Ost ist ein großer Schritt zum Erhalt des Bundesliga-Basketballs in Gießen gelungen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten wird die Stadt die LTi Gießen 46ers weiterhin unterstützen.

11.5 Jugendaustausch

Gezielte Projekte wie zum Beispiel die Durchführung internationaler Jugendaustausche mit Sportlern aus den Partnerstädten Gießens

werden von der FDP unterstützt.

11.6 Werbemöglichkeiten für Sportvereine

Die Gießener Sportvereine werden bei der Durchführung ihrer Veranstaltungen durch Aufstellungsschilder, öffentliche Aushänge sowie durch Veröffentlichungen im Veranstaltungskalender und Internet ebenso unterstützt, wie indirekt über die Bereitstellung von Räumen für die Geschäftsstelle des Sportkreises Gießen und durch die Vermittlung von potenziellen Sponsoren und Trainern im Jugendbereich.

11.7 Beteiligung am Netzwerk Gesundheit und Bewegung

Die Stadt Gießen unterstützt als Mitglied des Netzwerkes für Gesundheit und Bewegung gesundheitsfördernde Angebote des Sportkreises für die Gießener Bürger, wie z.B. die Erstellung und Aktualisierung eines Wegweisers für Gesundheit und Bewegung.

12 Wirtschaft und Arbeit

12.1 Entwicklungskonzept für die Stadt

Stadtentwicklung darf nicht nach dem Zufallsprinzip erfolgen. Wirtschaftliches Engagement bedarf verlässlicher Rahmenbedingungen, ohne jedoch eingeengt zu werden. Hierfür haben wir unter Mitwirkung aller gesellschaftlich relevanten Gruppierungen der Stadt Gießen eine professionelle, strategische Entwicklungskonzeption für Gießen entwickelt – den Masterplan. Er enthält Prognosen für den Bedarf an Flächen für Gewerbe, Wohnen und Freizeit und eine Entwicklungslinie für wesentliche Bereiche in der Stadt Gießen. Die Erhöhung der Freizeitangebote soll in den kommenden Jahren besonderes im Augenmerk der Politik stehen; nur durch passende Angebote lassen sich junge Familie in Gießen dauerhaft nieder.

12.2 Innenstadt stärken

Die Innenstadt ist das Herz Gießens. Ihr gilt unser besonderes Augenmerk. Das gilt auch für die in ihr angesiedelten Unternehmen des Einzelhandels, nicht nur für solche Firmen, die in Gießen Gewerbesteuer zahlen, sondern auch für Kleinstbetriebe, die Arbeitsplätze schaffen.

Für die FDP muss Einkaufen in Gießen erlebnisreich sein. Hierfür ist Angebotsvielfalt ebenso wichtig wie optisch ansprechende Einkaufspassagen und öffentliche Flächen zum Verweilen. Besondere

Events wie die „Straße der Wissenschaft“ und „Dinos entdecken“ müssen weiter voran getrieben werden, durch sie werden viele Menschen von außerhalb angesprochen.

Der Innenstadthandel wird sich in Zukunft noch stärker dem Wettbewerb mit Stadtrandlagen und benachbarten Gemeinden ausgesetzt sehen. Einen Schutz vor Konkurrenz in dem Sinne, dass außerhalb der Innenstadt kein weiterer Handel zugelassen wird, kann es nicht geben. Ausgehend von unserer marktwirtschaftlichen Überzeugung, beobachten wir mit Sorge, dass immer mehr alteingesessene Geschäfte aufgeben und die verbleibenden Einzelhandelsunternehmen mehr und mehr von Filialisten verdrängt werden. Die vom Einzelhandel durch das Einkaufszentrum „Neustädter Tor“ befürchtete Umsatzrückgänge blieben aus. Die Mall lockt mehr Menschen nach Gießen, so dass der Einzelhandel im Seltersweg stark profitiert. Durch die Neugestaltung der Fußgängerzone haben wir die Gießener Innenstadt deutlich attraktiver gemacht. Auch Stadtfest und Weihnachtsmarkt können so in neuem Glanz erstrahlen und den Handel in Gießen beleben.

Maßnahmen, die Innenstadt attraktiver zu gestalten, sind zu fördern. Dazu zählt in vorderster Linie die Unterstützung der Business Improvement Districts (BIDs). Dieses verantwortungsbewusste und vor allem erfolgreiche Engagement des Einzelhandels ist durch die Stadt nach besten Kräften zu fördern.

12.3 Mischgebiete und wohnortnahe Arbeitsplätze

Die strenge Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten führt nicht nur zu erhöhter Verkehrsbelastung, sie erschwert auch die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen. Daher sollen vermehrt Mischgebiete geplant und ausgewiesen werden, um Wohnen und Arbeiten wieder

zusammenzubringen, wie es z.B. sehr erfolgreich im Baugebiet Marburger Straße West gelungen ist.

12.4 Messe Gießen

Gießen als Stadt mit oberzentraler Funktion muss Messestandort bleiben. Wir unterstützen einen Ausbau des Messestandortes durch die Messe Gießen GmbH. Maßnahmen, die den Messestandort Gießen, gefährden tragen wir nicht mit

12.5 Genehmigungsverfahren

Für ansiedlungswillige Betriebe sind schnelle behördliche, ämterübergreifende Genehmigungsverfahren ein wesentlicher Standortfaktor. Schnelles Handeln seitens der Behörden ist Zeichen einer bürgerfreundlichen Verwaltung. Durch eine qualifizierte Beratung ist sicherzustellen, dass die benötigten Unterlagen bereits bei der Antragstellung vorhanden sind. Antragsverfahren über das Internet sind anzustreben. Wir treten auch weiterhin für eine Beschleunigung der Genehmigungsverfahren ein.

12.6 Kooperation mit Nachbargemeinden

Die Planung von Gewerbegebieten, Verkehrsanlagen und anderen Projekten darf nicht an einer Kirchturmpolitik scheitern. Die enge Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten und -gemeinden liegt im Interesse der Stadt Gießen und muss von dieser vorangetrieben werden. Das Programm Stadt 2030 hat bereits zu gemeinsamen Aktivitäten der Städte Wetzlar und Gießen geführt, denen weitere folgen werden. Bei allen interkommunalen Kooperationen ist dem

Status der Stadt Gießen als regionales Oberzentrum Rechnung zu tragen.

12.7 ZAUG

Auch nach den Arbeitsmarktreformen wie z.B. Hartz IV und der Nutzung von ZAUG (Zentrum für Arbeit und Umwelt Gießen) durch die GIAG (Gesellschaft für Integration und Arbeit Gießen) als Träger von Beschäftigungsmaßnahmen muss der Erfolg von ZAUG daran gemessen werden, wie vielen durch ZAUG geförderten Menschen es gelingt, sich dauerhaft in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Durch regelmäßige Maßnahmen des Controlling ist insbesondere sicherzustellen, dass durch die aus Steuergeldern subventionierten Tätigkeiten des ZAUG private Unternehmen nicht aus dem Markt gedrängt werden und dadurch im Endeffekt mehr Arbeitsplätze und Steuereinnahmen verloren gehen, als durch ZAUG gewonnen werden. Der bisherige feste Zuschuss der Stadt Gießen ist in einen bedarfsorientierten und gedeckelten Zuschuss umzuwandeln.

12.8 Jugendwerkstatt e.V.

Die FDP begrüßt die Bemühungen der Jugendwerkstatt um eine berufliche Integration Jugendlicher. Im Rahmen der Beschäftigungsmaßnahmen sollen hier weiter Jugendliche an den ersten Arbeitsmarkt herangeführt werden. Aber auch bei der Jugendwerkstatt ist darauf zu achten, dass durch ihre subventionierte Tätigkeiten private Unternehmen nicht vom Markt verdrängt werden.

13 Verkehr/ Infrastruktur

Gießens günstige zentrale Lage ermöglicht Bevölkerung und Wirtschaft, fast alle Verkehrsmittel zu nutzen. Die FDP setzt sich für ein ausgewogenes Miteinander von Kraftfahrzeugen, Radfahrern und Fußgängern ein. Innerhalb des Stadtgebietes soll der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) und der motorisierte und nichtmotorisierte Individualverkehr auch weiterhin bedarfsorientiert gefördert werden. Wir werden eine ideologische Diskriminierung des Autoverkehrs auch zukünftig verhindern.

13.1 Parken in Gießen

Zur Verringerung des Parksuchverkehrs hat die FDP mit dafür Sorge getragen, dass ein modernes Parkleitsystem installiert wurde. Damit werden die Autofahrer zu den freien Plätzen in den Parkhäusern und auf den öffentlichen Parkplätzen geführt mit der Folge, dass sich die von Kraftfahrzeugen verursachten Emissionen wie Feinstaub, Abgase und Lärm für die Bewohner der Innenstadt reduzieren. Die Verkehrsführung bedarf einer regelmäßigen Überprüfung um den Verkehrsfluss zu optimieren.

In den letzten Jahren haben wir ausreichend Parkraum in der Innenstadt ermöglicht. Durch den Bau der Galerie Neustädter Tor sind in Gießen 1.100 neue Parkplätze hinzugekommen. Weitere neue Parkplätze sind unter dem Kulturrathaus am Berliner Platz entstanden. Das am Bahnhof entstehende Parkhaus schafft ausreichend Parkraum in der Nähe der Museumsmeile und am

Bahnhof. Es ist zu prüfen, inwieweit eine moderate Erhöhung der Parkgebühren möglich ist.

Die komplizierte Parkplatzsituation im Südviertel wird durch die von der Stadt geforderten neuen Parkflächen auf dem Gelände des Universitätsklinikums deutlich entschärft werden.

In Anwohnerparkzonen soll tagsüber kurzfristiges Parken für Nichtanwohner möglich sein. Parkplätze für Gewerberaum, die von Bauherren bezahlt wurden, dürfen nicht in Anwohnerparkplätze umgewidmet werden.

13.2 Verkehrsberuhigte Zonen

Die Einrichtung weiterer verkehrsberuhigter Bereiche setzt die Akzeptanz durch die betroffenen Anwohner und Gewerbetreibenden voraus. Solche Bereiche müssen durch bauliche, verkehrslenkende und verkehrsbeschränkende Maßnahmen optisch ansprechend und für den Verkehr ungefährlich gestaltet werden. Neue verkehrsberuhigte Zonen dürfen dabei nicht zu einer erhöhten Belastung für die Bewohner umliegender Straßen führen.

13.3 Anschlüsse an den Gießener Ring

Die FDP ist davon überzeugt, dass eine zusätzliche Anbindung an den Gießener Ring am Leihgesterner Weg den Verkehr in der Stadt Gießen weiter entlasten wird. Die zusammen mit der Stadt Linden unternommenen Anstrengungen sind weiterzuführen.

13.4 Einrichtung von Kreisverkehren

Die FDP befürwortet an geeigneten Stellen die Errichtung von Kreisverkehren anstelle der herkömmlichen Ampelkreuzungsanla-

gen.

13.5 Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

Bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans müssen neue Wohn- und Gewerbegebiete ebenso wie die Erfordernisse von Universität und Fachhochschule berücksichtigt werden. Durch bedürfnisorientierte Fahrpläne, Taktzeiten und bessere Linienführung muss das Busfahren attraktiver gemacht werden. Das Nachtbuskonzept Saturn und Venus hat sich bewährt und wird weiterentwickelt.

13.6 Förderung des Radverkehrs

Der Radwegeplan wurde fortgeschrieben und wird das Radwegnetz in der Stadt Gießen weiter verbessern. Die meisten Punkte in der Stadt – auch innerhalb des Anlagenringes – sind auf möglichst kurzen und gefahrlosen Strecken mit dem Fahrrad erreichbar. Auf wichtigen Verbindungsstrecken, die keinen Radweg besitzen, sind Fahrradaufstellflächen mit separater Ampelschaltung wie am Selterstor einzurichten. Auch für Radfahrer gilt, dass der Verkehrsfluss gewährleistet sein muss. Die Ampelschaltung für Radfahrer an der Einmündung Marburger Straße/Walltorstraße ist so einzustellen, dass der von Norden kommende Radfahrverkehr mit grüner Welle durchfahren kann. Insbesondere innerhalb des Anlagenringes sowie an Schulen und Hochschulen sind Abstellflächen weiter auszubauen.

13.7 Verbesserte Zugänge zu Kinderspielplätzen, Kindergärten und Schulen

Die Verkehrssituation im Umfeld von Kinderspielplätzen und Kindertagesstätten sowie auf Schulwegen muss kritisch überprüft und wo erforderlich korrigiert werden. Zweigeteilte Ampelüberführungen (mit Stopp auf der Verkehrsinsel) in der Nähe von Spielplätzen (z.B. Abzweigung Robert-Sommer-Straße / Schubertstraße) oder gar fehlende Straßenüberquerungshilfen (Spielplatz Bismarckstraße) sind Gefahrenpunkte und müssen als solche entschärft werden.

14 Umweltschutz

Umweltschutz ist und bleibt eine der wichtigen Aufgaben kommunaler Politik unserer Zeit. Für die FDP sind der Schutz der Umwelt und die attraktive Gestaltung der Stadt und ihrer Umgebung notwendig, damit das Leben in Gießen auch in Zukunft lebenswert bleibt.

14.1 Schonung von Ressourcen

Eine weitere Senkung des Frischwasserverbrauchs ist im Interesse der Erhaltung unserer Grundwasserreserven notwendig. Um die Nutzung von Brauch- und Regenwasser zu fördern, muss die erforderliche Infrastruktur in neuen Baugebieten von Anfang an vorgesehen werden. Durch intensive Beratung sollen mögliche bauliche Maßnahmen zur Wasserersparnis und deren Förderungsmöglichkeiten weiter bekannt gemacht werden.

Alle wirtschaftlich sinnvollen Möglichkeiten der Energieeinsparung und Verwendung alternativer Energien in städtischen Gebäuden sind zu nutzen.

14.2 Förderung von Privatinitiativen

Private Initiativen von Natur- und Vogelschutzgruppen sowie anderer Organisationen, die die Ausweisung, den Erhalt und die Pflege von Schutzgebieten und Biotopen zum Ziel haben, brauchen unsere

Unterstützung. Die Hilfe bei der Durchführung konkreter Projekte ist der Förderung nach dem Gießkannenprinzip vorzuziehen.

14.3 Pflege der Grünanlagen

Öffentliche Grünanlagen sind ein Bestandteil städtischer Lebensqualität. Sie müssen sinnvoll gepflegt werden. Durch die Vergabe von Pflegepatenschaften etwa für Straßenbäume und die sie umgebenden Kleinanlagen können öffentliche Mittel gespart werden, die an anderer Stelle sinnvoll eingesetzt werden können.

14.4 Naherholungsgebiete

In den Naherholungsgebieten müssen Plätze für Sport und Spiel gepflegt werden. Daneben sind andere Flächen naturnah zu gestalten. Mit dem Übergang vom Park zur freien Landschaft kann schrittweise dem Wildwuchs Platz gelassen werden, ohne spielende Kinder und Spaziergänger zu behindern. Die Naturschutzgebiete Hangelstein und Bergwerkswald sind in ihrem Bestand zu erhalten und zu pflegen.

14.5 Umweltpreis

Die Stadt Gießen verleiht einen Umweltpreis für besondere Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes. Auf Anregung der FDP wird dieser Preis nun alle zwei Jahre verliehen und wurde der Kreis der möglichen Preisträger auch auf solche Personen erweitert, die sich beruflich mit Umweltschutz befassen. Dadurch konnte die Attraktivität des Gießener Umweltpreises für potenzielle Bewerber deutlich gesteigert werden.

14.6 Abfallwirtschaft

Unsere Gesellschaft leidet an einem immensen Müllaufkommen. Dieses einzudämmen, ist ebenso Aufgabe der Politik wie die Förderung von neuen Verfahren zur Verwertung recycel-fähiger Stoffe und die umweltverträgliche Beseitigung des Restmülls. Die Gewinnung von Wertstoffen aus Abfall ist zu fördern; dies trägt dazu bei wertvolle Rohstoffe einzusparen.

14.7 Abfallvermeidung

Abfallvermeidung ist noch immer die wirksamste Form der Abfallwirtschaft. Maßnahmen zur Einsparung von Rohstoffen, wie etwa die Verwendung von Mehrweggeschirr müssen weiter gefördert werden.

Bei Verpackungen ist die jeweils gesamtökologische und wirtschaftlich günstigste Lösung anzustreben. Mehrwegverpackungen sind aber nur dann gegenüber recycelfähigen Einwegverpackungen zu bevorzugen, wenn eine vorher erstellte Ökobilanz sie als umweltverträglicher ausweist.

14.8 Müllgebühren

Die FDP spricht sich für eine Beibehaltung der volumenbezogenen Müllgebühren aus. Müllgebühren nach vorheriger Gewichtserfassung halten wir aufgrund hoher Investitionskosten für die Müllfahrzeuge und die Mülltonnen für zu teuer und die Gewichtserfassung als solche auch nicht für besonders praktikabel.



Erfolgreich vor Ort.



Dr. Martin Preiß

Harald Scherer
Gießen in guten Händen

Ich interessiere mich für liberale Politik und wünsche weiteren Kontakt.

- Bitte laden Sie mich zu Veranstaltungen der FDP ein
- Ich bin interessiert an einem Gespräch mit einem FDP-Mitglied
- Ich möchte FDP-Mitglied werden

FDP-Ortsverband Gießen

Carl-Ulrich-Straße 7

35396 Gießen